Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

07.01.1932 (Nr. 5)

Visual Library

BNZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Donnerstag, 7. Januar 1932 • Nummer 5

Bremen im Zeichen der NSBO!

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber: Kurt Thiele Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878

Die BNZ erscheint jeden Werktag u. kostet RM. 1,90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Aussperrung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10gesp. Nonp.-Zeile Rm. 0,25, auswärts Rm. 0,30, im Textteil die 4gespalt. Textzeile Rm. 0,80, auswärts Rm. 1,—. Stellengesuche u. Familien-Anzeigen Rm. 0,10. Kleine Anzeigen Rm. 0,15. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Deutschland kapituliert wieder

Bei den Stillhalteverhandlungen wird auf eine befriedigende Endlösung verzichtet

„Nationalsozialismus, Deutschlands letzte Trumpfkarte"

Die internationalen Kapitalisten gegen Zinsherabsetzung

Berlin, 6. Jan. Während die Stillhalteverhandlungen bisher unter völliger Vertraulichkeit geführt wurden, ist jetzt durch eine offiziöse Mitteilung bekannt geworden, daß man auf eine Endlösung verzichtet hat und auf ein einjähriges Provisorium hinarbeitet.

Die deutschen Vertreter, d. h. die Vertreter der Privatbanken gingen wohl nicht zuletzt auf Anregung der deutschen amtlichen Stellen zunächst darauf aus, eine endgültige Konsolidierung bezüglich der gestundeten Auslandskredite zu erzielen. Eine solche Endlösung hätte eine Umwandlung der kurzfristigen Anleihen in langfristige und ein planmäßiges Verzinsungs- und Tilgungssystem über viele Jahre in sich schließen müssen. Aus einer solchen Konsolidierung hätte man demzufolge auch eine günstige Rückwirkung auf die deutsche und die Weltwirtschaft erwarten können, da der Druck, der dauernd abrufbaren kurzfristigen Kredite aufgehört hätte. Wie man nun hört, ist dieser Plan völlig in den Hintergrund getreten.

Zur Zeit ist man damit beschäftigt, die Möglichkeiten zu prüfen, unter welchen Umständen das bisherige Stillhalteabkommen auf die Dauer von zwölf Monaten verlängert werden kann. Auch die einjährige provisorische Verlängerung ist keineswegs einfach, da von den Vertragsparteien weitgehende Aenderungswünsche angemeldet werden.

Die Forderungen der Bankiers

Die ausländischen Banken stellen eine ganze Reihe von Forderungen, die von deutscher Seite nicht ohne weiteres zugestanden werden können. Abgesehen davon, daß sich die internationalen Finanzkapitalisten naturgemäß **gegen eine Herabsetzung ihrer Zinsen** wehren, verlangen sie darüber hinaus weitgehende **neue Sicherheiten** und zwar wird diese Forderung insbesondere von Amerika vertreten. **Ferner sind sich sämtliche internationalen Banken in der Forderung auf ratenweise hohe Tilgungsleistungen während des am 1. März beginnenden Prolongationsjahres einig.**

Demgegenüber wird von deutscher Seite darauf hingewiesen, daß durch die Rückzahlungen während der bisherigen Dauer der Stillhaltung, die einen Betrag von 1,2 Milliarden trotz der offiziellen Stillhaltung erreichten, **die deutschen Valutareserven tatsächlich bis zur Neige erschöpft** wurden und daß diese Reserven überdies nur vermittels einer drakonischen Verschärfung der Devisengesetzgebung überhaupt aufrechterhalten werden konnte. Ferner ist auch nach den Feststellungen des Berichtes des Sonderausschusses der BIZ im nächsten Jahre mit einem **wesentlichen Rückgang des deutschen Ausfuhrüberschusses**, der einzigen devisenspendenden Quelle, aus der Tilgungsleistungen, aber auch Zinszahlungen zu leisten wären, zu rechnen.

Die Auslandsgläubiger möchten nun anscheinend eine Lösung derart anstreben, daß der Ueberschuß der deutschen Handelsbilanz nach Abzug des Dienstes für die langfristigen Auslandskredite und der Zinsen für die schwebenden Schulden sich bei der Reichsbank in Gestalt einer Sicherheitsreserve für die stillgehaltenen Kredite ansammeln soll.

Das Bedenkliche an dieser jetzt angestrebten provisorischen Lösung ist, daß sich Deutschland hier mit einem Provisorium zufrieden geben will, bedenklich insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende Verhandlung von Lausanne über die politischen Tribute, während bekanntlich der deutsche Standpunkt darauf hinausläuft, daß kein Provisorium, sondern nur eine Endlösung, d. h. völlige Befreiung von den politischen Zahlungen in Frage kommt. Solange aber das Damoklesschwert der Kurzkredite, und seien sie auch für ein Jahr verlängert, über Deutschland schwebt, bleibt eine wirkliche Beruhigung der Wirtschaftslage auch von dieser Seite her nicht zu erwarten.

Alfred Rosenberg in Essen

In einer großen nationalsozialistischen Kundgebung sprach der Hauptschriftleiter des „Völkischen Beobachter", Rosenberg, über außenpolitische Fragen. Der Redner ging vor allem auf die beiden bevorstehenden großen Konferenzen, die

Abrüstungs- und Tributkonferenz

ein, die nach den bisherigen Mißerfolgen vor allem in der Oberschlesienfrage und in der Frage der Zollunion, den Zusammenbruch aller etwa noch bestehenden Illusionen bedeuten würden. Auf der Abrüstungskonferenz habe Deutschland einige Thesen vorzubringen und zu vertreten, den Rechtsanspruch Deutschlands auf allgemeine Abrüstung, seinen Anspruch auf

das Mindestmaß der eigenen nationalen

Sicherheit gegenüber der von Frankreich betonten Gefährdung seiner nationalen Sicherheit, und ebenso die Verpflichtung des Völkerbundes, der nach der Völkerbundsakte von 1919 die Pflicht habe, alle zehn Jahre den Rüstungsstand der Völker zu prüfen.

Von den ihr zustehenden Rechten habe die deutsche Regierung keinen Gebrauch gemacht, wie sie es überhaupt versäumt habe, zielbewußte Revisionspolitik zu treiben. Die Gesundung Deutschlands sei nicht ein Wirtschaftsproblem, sondern eine Frage des Charakters.

Scharf wandte sich Rosenberg gegen den Reichskanzler Brüning, der die amerikanische Presse zusammenberufen habe, um ihr die nationalsozialistische Bewegung als „Welt in Gefahr" hinzustellen.

Man müsse mit der Auffassung der Gegner brechen und ihr die nationalsozialistische Auffassung gegenüberstellen, daß man es nicht mit Reparationen, sondern mit Kriegstributen zu tun habe, daß Deutschland in dieser Beziehung mehr als genug gezahlt habe. Bei der Erörterung der Frage der bevorstehenden Tributkonferenz wies Rosenberg vor allem darauf hin, daß

im Haag von den Franzosen erneut die Sanktionsklausel des Artikels 40 des Versailler Vertrages in den Youngplan hineingeschmuggelt worden sei.

Man habe das Scheitern des Gedankens einer sogenannten Weltdemokratie und die Verständigung mit Frankreich erlebt, und vor allem auch der Ideologie Brünings und Dietrichs, daß, ehe man zur Revision schreite, der deutsche Staatshaushalt in Ordnung sein müsse. **Es sei unverständlich, daß der Kanzler in einem Augenblick, wo er sich anschicke, zur Tributkonferenz zu gehen, die Nationalsozialisten bekämpfe, die mit ihrer ganzen Kraft für eine Revision eingetreten seien.**

Er betonte, daß es nicht um Sieg oder Untergang unserer nationalsozialistischen Bewegung, sondern um Tod oder Auferstehung Deutschlands gehe.

Es ist heute keine Vermessenheit mehr, wenn wir erklären, der Nationalsozialismus ist Deutschlands letzte Trumpfkarte. Wird die verspielt, dann haben nicht wir, dann hat Deutschland verloren.

Verschiebung der Tributkonferenz?

England hält am 18. Januar fest

London, 7. Jan. Die Vereinigung der ausländischen Presse in London gab am Mittwoch im Savoy-Hotel dem englischen Außenminister Sir John Simon ein Frühstück, auf dem Simon über die politische Lage sprach. — Innerhalb der nächsten vier Wochen, so führte der Außenminister aus, würden drei große Konferenzen zusammentreten und auf jeder müsse das Foreign Office eine wichtige Rolle spielen.

Der Zeitpunkt für die Tributkonferenz sei noch nicht endgültig festgelegt. Die englische Regierung würde es als eine große Erleichterung begrüßen, wenn die Konferenz so bald wie möglich eröffnet werden könne, da auch in England die Wiedereröffnung des Parlaments vor der Tür stehe. Wenn es nicht gelinge, einen früheren Zeitpunkt als den 18. Januar oder einen Zeitpunkt etwa um den 18. Januar herum sicherzustellen, so würden einige der Minister schwerlich teilnehmen können, obwohl sie den Wunsch dazu hätten. Sir John Simon ließ durchblicken, daß dem Ministerpräsidenten Mac-Donald nur die Woche, die mit dem 18. Januar beginnt, gelegen sei. Der Schatzkanzler sei wohl auf jeden Fall verpflichtet, nach Lausanne zu gehen, und er selbst hoffe, ihn zu begleiten. — Die Tributkonferenz werde kaum schon beendet sein, wenn die Vertreter der Mächte von einem Ende des Genfer Wegs zum anderen hinüberwechseln müßten, um an der zum 25. Januar beginnenden Sitzung des Völkerbundsrates teilzunehmen. Es sei möglich, daß hier **einige sehr schwierige und besorgniserregende Fragen aufgeworfen würden, die Europa und Asien angingen.** Die dritte Tagung sei die am 2. Februar beginnende Abrüstungskonferenz, wobei der Minister hinzufügte, daß mit allgemeiner Zustimmung versucht werde, an diesem Zeitpunkte festzuhalten.

An jeder dieser drei Konferenzen, so fuhr Simon fort, nehme England ein ernstes Interesse, da es sich der großen Bedeutung der vorliegenden Fragen voll bewußt sei. England werde eine Haltung einnehmen, die alle Wünsche verstehen und umfassen wolle, und er hoffe, daß auch die übrigen Staaten in diesem Sinne handeln würden. Es sei von allergrößter Bedeutung, daß auf jeder der vorerwähnten Konferenzen eine Lösung angestrebt werde, und daß man auch willens sei, eine solche zu finden. **Selbst wenn die endgültige Lösung noch in weiter Ferne liege,** so sollten doch alle Kräfte angespannt werden, um einen wirklichen und erheblichen Schritt nach vorwärts auf dem Wege zu einer Lösung sicherzustellen, auch wenn es nur eine Lösung in Abschnitten sein sollte.

Eiserne Front

Höchststand des Hochwasser erreicht. Einheitsfront der Not.

Dessau, 7. Jan. Das Hochwasser der Mulde hat am Mittwoch um 21 Uhr in Dessau seinen höchsten Stand erreicht. Den Bemühungen **der Feuerwehr, der Technischen Nothilfe, des Stahlhelms, der SA.-Mannschaften, der Reichswehr und Hunderter von Arbeitslosen** ist es gelungen, die gefährdeten Dammstücke in der Ueberschwemmungszone bei Retzau, Sollnitz und Niesau im Dessauer Kreise zu erhalten. Dank der vereinten Anstrengungen ist die größte Gefahr beseitigt. In fieberhafter Eile wurden Reservedämme angelegt, da sich das Hochwasser an mehreren Stellen bereits durchgefressen hatte.

Die Hochwasserwelle bei Dessau

Dessau, 6. Jan. Die größte Hochwasserwelle wird gegen Mitternacht in Dessau erwartet. Der Promenadenwald, der letzte Wasserschutzgürtel, und der Verbindungsweg nach dem Osten des Kreises ist überflutet. Die Häuser der Wasserstadt stehen bereits unter Wasser.

KPD-Versammlungen im Bezirk Köln verboten

Anmeldepflicht für Schußwaffen und Munition

Köln, 6. Jan. Im Hinblick auf die vor einigen Tagen von den Kommunisten angezettelte Streikaktion hat der Regierungspräsident in Köln für seinen Bezirk die Polizeibehörden angewiesen, alle Versammlungen der Kommunistischen Partei und ihrer Unter- und Nebenorganisationen bis auf weiteres zu verbieten.

Der Regierungspräsident hat ferner auf Grund der letzten Notverordnung eine Anordnung über die Anmeldung von Schußwaffen und Munition herausgegeben. Danach müssen Schußwaffen und Munition, die den Vorschriften des Gesetzes über Schußwaffen und Munition vom 12. April 1928 unterliegen, bei der Ortspolizeibehörde, in deren Bezirk sie sich befinden, angemeldet werden.

Gustav Cassel:

„Die Tribute sind schuld"

Der Sinn der Tribute: Deutschland am Boden zu halten

Paris, 5. Jan. Im „Echo de Paris" vertritt der außenpolitische Berichterstatter Pertinax ganz offen den Eindruck, der schon von jeher die amtlichen französischen Kreise beherrscht, ohne jedoch bisher klar ausgesprochen zu sein, daß es sich nämlich bei der Aufrechterhaltung der Tribute weder um die sogenannte Durchführung verbriefter und heiliger Rechte, noch um eine Lebensnotwendigkeit des französischen Volkes oder um eine Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden handelt, sondern einzig und allein um die Möglichkeiten, Deutschland so lange wie möglich am Boden zu halten, um einen ernstlichen Konkurrenten für Frankreich auszuschalten. Wenn Deutschland von den Tributen befreit werde, so wird erklärt, dann werde es nach Ablauf der augenblicklichen Krise auf dem internationalen Markt unumstritten die Uebermacht gewinnen. Außerdem werde es um so schneller an den zweiten Punkt seines Programms, nämlich die Gebiets- und politischen Forderungen herangehen, je eher es von der Last der Tribute befreit werde.

Im „Svenska Dagbladet" nimmt

Professor Gustav Cassel

am Dienstag Stellung zu der Frage „Tributzahlungen und Weltwirtschaft". Frankreich habe die Baseler Verhandlungen unter dem Leitsatz begonnen, daß Deutschlands Zahlungsfähigkeit im Youngplan festgestellt sei und deshalb nicht erörtert werden könne. Schon die geistige Einstellung eines solchen Leitsatzes sei bezeichnend für die französische Denkweise. Cassel erinnert in diesem Zusammenhang an das französische Verlangen, die Schuld am Weltkriege ein für allemal durch eine erzwungene Unterschrift festzustellen.

Abgesehen hiervon begehe Frankreich den großen Fehler, daß es Deutschlands Zahlungsfähigkeit als eine gegebene Größe hinstelle, was unrichtig und unerhört sei. Frankreich habe ja selbst anerkennen müssen, daß Deutschland im Augenblick zahlungsunfähig sei.

Weiter habe Frankreich dann allerdings nicht sehen wollen, sondern behauptet, daß die Wirtschaftskrise bald zu Ende gehen müsse. Das sei aber eine durch und durch unmoralische Ansicht. Die ganze Tributpolitik müsse ihre innere Unmöglichkeit erkennen, wenn nachgewiesen werde, daß die Tributzahlungen tatsächlich an der Weltkrise schuld seien. Daher sei auch bei der Baseler Konferenz ein zweifellos von französischer Seite beeinflußtes Telegramm bemerkenswert, das die Konferenz auf den Grundsatz festlegen wollte, die Weltwirtschaftskrise und die Tributzahlungen hätten nichts miteinander zu tun.

Zwischen Weltwirtschaftskrise und Tributzahlungen bestehe aber nicht nur ein psychologischer Zusammenhang, sondern eine unmittelbar nachweisbare Kausalverbindung. Die Tributforderungen hätten die Goldstandards der Welt und den internationalen Handel ins Verderben gestürzt. Deutschland habe nämlich außer den Tributen die Zinsen der für frühere Tributzahlungen geliehenen 10 Milliarden Auslandsschulden zu zahlen. Hierfür sei ein gewaltiger Ausfuhrüberschuß nötig, den die Gläubigerstaaten jedoch nicht aufnehmen wollten. Die Vereinigten Staaten und Frankreich hätten schließlich so viel Gold an sich gerissen, daß in den übrigen Ländern eine Goldknappheit entstand und alle Preise fielen. Dadurch sei die Summe der Tribute und der übrigen Schulden noch weiter in die Höhe geschraubt worden. Aus diesen Gründen habe das internationale Goldstandardsystem zusammenbrechen müssen.

Drei Monate Gefängnis für Streikhetze

Gelsenkirchen, 5. Jan. Am Montagabend hatten sich vor dem Schnellrichter der kommunistische Reichstagsabgeordnete Walter Frank aus Berlin und drei andere Personen zu verantworten, die am Sonntag bei der Auflösung einer „Belegschaftsversammlung" durch die Polizei festgenommen worden waren. Der Versammlungsleiter, Reichstagsabgeordnete Walter Frank, wurde zu drei Monaten und einer Woche Gefängnis verurteilt; zwei weitere Angeklagte erhielten je drei Wochen Gefängnis, während der vierte Angeklagte zwanzig Mark Geldstrafe erhielt.

Das fehlte uns gerade noch:

Hochwasserkatastrophen

Die Lage im Hochwassergebiet zwischen Mulde und Elbe wird stündlich bedrohlicher

Halle, 6. Jan. Nachdem die Feuerwehren in und bei Bitterfeld bereits am Dienstag abend eingesetzt waren, sind im Laufe der Nacht und des heutigen Vormittags mehrere Bereitschaften der Schutzpolizei aus Halle und Bitterfeld angefordert worden, da der Mulde-Damm gebrochen ist.

Auch die Technische Nothilfe von Halle, Bitterfeld und Dessau ist alarmiert. Verschiedene Gehöfte und Mühlen stehen bereits unter Wasser. In Anhalt wurden heute früh Abteilungen der staatlichen Ordnungspolizei an mehreren Stellen eingesetzt, da die Stadt Jeßnitz und einige Dörfer stark in Gefahr sind. Seit den frühen Morgenstunden heulen die Sirenen und läuten die Sturmglocken. Bei der Berechnung der Flutwelle reichen die Tabellen der Anhaltischen Wasserbauverwaltung nicht aus, da das Hochwasser höher steigt als in den Hochwasserjahren 1897 und 1899. Auf der Kreisstraße Dessau-Roßlau steht das Wasser in einer Breite von etwa fünf Kilometern. Die Hochwasserwelle der Mulde nähert sich jetzt dem sog. Wörlitzer Winkel, der Einmündung der Mulde in die Elbe unterhalb von Dessau. Die Gefahr wird dadurch erhöht, daß die Flutwelle sich hier mit der Hochwasserwelle der Elbe trifft.

Mulde-Damm bei Retzau gebrochen

Dessau, 6. Jan. Der Damm der Mulde bei Retzau ist gebrochen. Der staatliche Wasserschutz, Technische Nothilfe und Ordnungspolizei sind dabei, die Lücke wieder zu schließen. Die Dörfer Retzau und Sollnitz sind in größter Gefahr.

Die Leichen der 14 Verschütteten noch nicht geborgen

Beuthen, 6. Jan. Die Bergungsarbeiten auf der Karsten-Zentrum-Grube gehen ununterbrochen weiter. Bis zum Mittwoch vormittag war es noch nicht gelungen, die Leichen der verschütteten 14 Bergleute freizuleger

Die Streiklage in der Berliner Metallindustrie

Berlin, 5. Jan. Bei der AEG.-Henningsdorf haben am Dienstag früh sämtliche Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen. Bei den übrigen kleineren von dem Teilstreik erfaßten Betrieben ist die Lage unverändert. Von den rund 100 000 Metallarbeitern Berlins stehen heute nur etwa 700 im Streik.

Es wird lustig weitergeschoben

Sechzehnzimmerwohnung der Sklareks Und die Geldquellen?

Berlin, 5. Jan. Wie die „Deutsche Zeitung" aus zuverlässiger Quelle erfährt, haben die Gebrüder Sklarek in Berlin-Westend, einem der besten Berliner Wohnviertel, am Kaiserdamm Nr. 41, eine Sechzehnzimmerwohnung gemietet, die von Leo Sklarek bezogen wird. Da auch Max Sklarek die von ihm bisher immer noch bewohnte Villa an der Heerstraße verkaufen will, beabsichtigt er, nach seiner Genesung einen Teil der neuen Sechzehnzimmerwohnung seines Bruders mit zu beziehen. Das Haus Kaiserdamm 41 liegt in der Nähe des Reichskanzlerplatzes und ist im luxuriösen Villenstil gebaut. Die Wohnung der Sklareks befindet sich im zweiten Stockwerk und ist selbstverständlich mit einer neuzeitlichen Einrichtung ausgestattet. Zur Zeit sind in den Wohnräumen noch zahlreiche Handwerker, besonders Maler, beschäftigt, um den vielen Wünschen der Sklareks Rechnung zu tragen.

Man fragt sich, ob es wirklich nicht festzustellen ist, woher die Sklareks immer noch die großen Geldsummen beziehen, um diese fürstliche Zimmerflucht zu mieten. Bei dieser Gelegenheit sei auch darauf hingewiesen, daß die Sklareks immer noch luxuriöse Autos zur Fahrt zum Gericht benutzen, die ihnen angeblich von „Freundesseite" zur Verfügung gestellt werden. Man kann den Verdacht nicht unterdrücken, daß es sich bei dieser Freundesseite um eine Stelle handelt, wo die Sklareks ihre Millionenschiebungen vor einem Zugriff der Geschädigten sichergestellt haben.

Die „Derop" und die KPD.

Es ist schon mehrfach darauf aufmerksam gemacht worden, daß die „Derop", die russische Vertriebsgesellschaft für sowjetrussisches Benzin in Deutschland, enge Beziehungen zu den deutschen Kommunisten unterhält. Diese Tatsache ist jedoch mehrmals von sowjetrussischen Stellen dementiert worden.

Nun wurde ein Schreiben der Reichsspartenleitung (Fachorganisation des verbotenen (!) Rotfrontkämpferbundes) veröffentlicht, das alle Neutralitätsbeteuerungen der „Derop" unwiderlegbar Lügen straft.

In dem Schreiben heißt es u. a. folgendermaßen:

„An alle Gruppen-, Vereins- und Abteilungsvorstände. Werte Genossen! Betrifft Brennstoffbezug. Alle Motorradfahrer der Kampfgemeinschaft können jetzt an allen „Derop"-Tankstellen des Reiches ihren Brennstoff entnehmen. Dazu werden durch die Reichsspartenleitung Quittungsblocks herausgegeben. Ueber jeden Liter bezogenen Benzins müssen sich unsere Genossen auf die von uns herausgegebenen Blocks quittieren lassen. Auf Grund der zurückgesandten Blocks erhält der Gruppenkassierer durch die Reichsspartenleitung eine Rückvergütung von 4 Pfennig je Liter. Es liegt wirklich im Interesse eines jeden einzelnen und im Interesse der Organisation. Mit Rot-Sport!

Die Reichsspartenleitung d. Motorfahrer."

In der kommunistischen Zeitschrift für Arbeiterrad- und Kraftfahrersport, „Solidarität", steht außerdem folgendes zu lesen:

„Mit der „Derop" besteht ein Oelabschluß, wodurch den Mitgliedern ein Rabatt gewährt wird, den sie in keiner anderen Organisation erhalten. Ferner bestehen Abschlüsse für Reifen und Fahrraddecken. Wir können hier unseren Sportgenossen den guten russischen Reifen empfehlen, da derselbe in bewährter Fabrikation hergestellt wird."

Wagt die „Derop" noch weiterhin ihre enge Verbundenheit und ihre geschäftlichen Beziehungen zur KPD. zu dementieren?

Aus Bremen

Stadttheater. Heute, Donnerstag, Webers „Freischütz", der in der kommenden Woche vom Ensemble des Stadttheaters in Groningen in Holland aufgeführt werden wird. Musikalische Leitung: Karl Dammer, Regie: Jan Heythekker. In den Hauptpartien: die Damen Reich, Mühlbach und die Herren: Kraus, Kasper, Schweinsberg, Treffner, Thement, Tröndle. — Freitag geschlossene Vorstellung. Sonnabend Lortzings Meisteroper „Zar und Zimmermann". Musikalische Leitung: Dr. Weiß, Spielleitung: Philipp Kraus; Herren: Kraus, Spiro, Kasper, Percy, Schweinsberg, Treffner und Ada Mühlbach. Sonntag nachmittag „Im weißen Rößl", abends der ganz große neue Verdi-Erfolg: „Die Macht des Schicksals". — „Hänsel und Gretel", die reizende Märchenoper von Humperdinck, zu deren letzter Vorstellung viele keine Karten bekommen konnten, wird zusammen mit dem entzückenden Ballett „Die Puppenfee" am kommenden Sonnabend nachmittag 15 Uhr zu kleinen Preisen aufgeführt. Kinder die Hälfte. (S. Anzeige.) — **Centralhallen-Schauspiel.** Heute Donnerstag und nächsten Sonntag auf vielseitigen Wunsch noch einmal der meisterliche Schwank „Charleys Tante". Freytags „Journalisten", eines der besten Lustspiele der deutschen Literatur, wird im Stadttheater in der kommenden Woche in neuer Einstudierung durch Carl Rehder herauskommen.

Bislav

EINE DEUTSCHE BEWEGUNG

von E. CZECH-JOCHBERG

Der Saal birst von Jubel.

Noch ein Wort wirft Hitler in den Saal: „Ebert ist abgesetzt".

In diesem Augenblick bildet sich unten im Saal eine Gasse. Ein ernster Mann im schwarzen Kaiserrock besteigt das Podium: Ludendorff!

Kahr steht, noch immer blaß, spricht kein Wort. Rufe branden zu ihm empor: „Kahr soll sprechen! Kahr!"

Kahr lächelt. Aber es ist ein merkwürdig geronnenes Lächeln. Er tritt etwas ungeschickt vor, räuspert sich.

„Ruhe", donnert jemand.

Kahr sagt: „In des Vaterlandes höchster Not übernehme ich die Leitung der Staatsgeschäfte als Statthalter der Monarchie. Ich tue es schweren Herzens, aber ich hoffe zum Wohle Deutschlands . . ."

Ein einziger Hornstoß von Rufen folgt.

Wieder steht Hitler an der Rampe: „Gedenken Sie in dieser Stunde des deutschen Vaterlandes, dem wir Treue geloben über alles in der Welt . . ."

— — — — — — — — —

Dann werden die Menschen aufgefordert, ruhig nach Haus zu gehen. Langsam, langsam zerstreuen sie sich, tragen irgendwie das Bewußtsein in sich, Geschichte erlebt, Geschichte gemacht zu haben . . .

— — — — — — — — —

Plötzlich bahnt ein Stahlhelm sich Weg: „Der Führer?"

„Dort!"

Er stürmt auf Hitler zu: „Die Pioniere leisten Widerstand . . .!"

Da muß er selbst hinaus . . .

Bevor er geht, tritt er zu Ludendorff: Exzellenz, Sie sind mir für die Gefangenen verantwortlich."

Der Feldherr reicht Hitler die Hand. Da ist er beruhigt.

Draußen jubeln schon die Leute, haben Hitler erkannt . . .

Die Pioniere sind verschanzt hinter den Fenstern ihrer Kaserne. Feuern.

„Ein Geschütz in Stellung bringen!" befiehlt Hitler.

Ein Dutzend Arme greifen dem Rade in die Speichen . . .

— — — — — — — — —

Apathisch wartet Kahr, wartet Seißer.

Nur Lossow durchmißt den Raum mit Riesenschritten, pflanzt sich vor dem undurchsichtig blickenden Ludendorff auf: „Sind wir denn gefangen, Exzellenz? Haben wir denn nicht vor der ganzen Versammlung bewiesen, daß wir mit Ihnen eines Sinnes sind? Ich bin Offizier und General . . ."

Ludendorff antwortet nicht.

„Wir geben Ihnen unser Ehrenwort, daß wir treu zur Seite stehen . . ."

Der Feldherr sieht die dargebotenen Hände. Nimmt sie.

Die Gefangenen sind frei!

— — — — — — — — —

Zurück in den Bürgerbräukeller rast der Wagen Hitlers. Die Stadt ein Meer der Begeisterung. Diese jungen Burschen!

Vor dem Bürgerbräukeller sieht es aus, als ob ein Theater zu Ende wäre. Hitler erschrickt, hat schlechte Vorahnungen.

Stürzt in den halbleeren Saal . . . in das Nebenzimmer . . .

Starr von einem zum andern, starrt auf den unbeweglichen Ludendorff.

Keucht: „Exzellenz, wo sind die Gefangenen?"

Ludendorff ist ungehalten: Der Ton? Das klingt ja wie ein Tadel?

„Ich habe sie gegen Ehrenwort entlassen!"

Hitler sinkt auf einen Sessel. Stöhnt: „Jetzt ist alles aus . . ."

Und lächelt bitter vor sich hin: Wie oft hatte er Ludendorff verteidigt, wenn man ihn den Mann „mit der unglücklichen Hand" nannte . . .

Jetzt hatte er sie selbst zu fühlen bekommen, die unglückliche Hand!

„Alles aus," stöhnte er wieder.

— — — — — — — — —

Um elf Uhr nachts hatten die Kompagnien der Kampfverbände „Oberland" und „Reichsflagge" das Hauptpostamt besetzt. Der Telephonverkehr wurde gesperrt . . . kein Wort, wenigstens kein unkontrolliertes, drang nach außen.

Es sei denn, es würde von den Wellen getragen, die die Radiostationen auf den Dächern der Kasernen aussandten.

— — — — — — — — —

15. Kapitel.

Die Nacht vom 8. auf den 9. November Kahr flüchtet in die Kaserne des 19. Infanterieregiments — „An alle deutschen Funkstationen" — Hitler wird gewarnt — Die Reichswehr marschiert!

Das hatten sie selbst nicht zu hoffen gewagt, die Exzellenzen des Ehrenworts, Kahr und Lossow, daß sie in dieser Nacht ohne Bedeckung nach Hause gelangen würden.

Sie schrien dem Chauffeur zu: „In die 19er Kaserne, so rasch als möglich . . ."

Der Wagen sauste durch die nächtlichen Straßen. Wenn nur keine Leute vom „Oberland" . . .

Es gelang. Ein paar Posten, die an einer Straßenecke standen, salutierten sogar. Sie hätten geschossen, die Jungen, hätten sie gewußt, wohin die Fahrt ging.

Absperrung da vorn. Der Chauffeur wich blitzschnell in eine Seitengasse ein.

Lossow unterbrach die Stille. „Ich werde es unternehmen, mit Seiner Königlichen Hoheit zu sprechen."

„Ja, das müssen Sie tun. Sie wissen, wo Sie mich finden werden."

Mit offenem Auspuff bellert der Wagen durch die Nacht. Stoppt vor einem kahlen, kalten Gemäuer. Posten im Stahlhelm vor dem Tore.

Kahr steigt aus dem Wagen, Oberst Seißer geht voraus, der Posten reißt sich zusammen.

Hastende Schritte hallen auf den kahlen Kasernengängen.

„Offizier vom Dienst?"

Knappe Meldungen.

Während die Hitlerleute ihre Gefangenen in einer Villa in Bogenhausen internierten und noch einige dazu aus den Betten holten, gab die Station des 19. Infanterieregiments einen Funkspruch:

(Fortsetzung folgt.)

Werbt für die BNZ!

Kraftvolle Siedlungspolitik

Von Dr. Röse.

Nordische Großstadtjugend hatte im Kriege die Wichtigkeit der Erdverbundenheit wieder schätzen gelernt und wollte gern siedeln. — Aber es fehlte ihr die ländliche Feuerdisziplin, die zähe Ausdauer mit Gewehr bei Fuß, die der Bauer haben muß, wenn er sich trotz Hunger und Not auf seiner Scholle behaupten will. Von hundert siedlungslustigen Städtern sind nach meiner Erfahrung kaum fünf zu dauerhafter Siedlung brauchbar. Der Städter ist zu leicht geneigt, das Landleben für eine fortlaufende Kette von Naturgenüssen zu halten. Er weiß nicht, daß der Bauer in den schönen Frühlings-, Sommer- und Herbstmonaten kaum zur Besinnung kommt, daß nur die Kinder das Paradies des Landlebens voll genießen können. Die Artamanenbewegung ist ein schöner Gedanke. Man denke sich die freiwillige Artamanendienstzeit allmählich ausgebaut und zu einem Arbeitsdienstjahr an Stelle der leider nicht mehr vorhandenen militärischen Wehrpflicht — welcher Segen könnte daraus unserem gesamten deutschen Volke erblühen! Aber nicht alle jungen Artamanen aus der Großstadt sind bisher zur bäuerlichen Genügsamkeit erzogen worden. Gut Ding will Weile haben. Die Wiedergesundung der nordischen Rasse ist durchaus möglich, aber sie kann nicht von heute auf morgen erfolgen. Deutschlands Unglück ist nun einmal seine übergroße Industrieentwicklung. Clemenceau hatte, so hart es uns klingt, in gewissem Sinne schon ganz recht: Es sind ihrer um 20 Millionen zu viele. In früheren Jahrhunderten schickte der Herrgott von Zeit zu Zeit eine Cholera- oder Pestseuche. Dann gab es in übervölkerten Ländern wieder eine Zeit Luft. Der überkluge Kulturmensch aber hat es gelernt, diese Volksseuchen in Schranken zu halten. Da sagt denn der Herrgott: Nun, wenn ihr so klug seid und mir ins Handwerk pfuschen wollt, dann rottet euch meinetwegen selbst gegenseitig aus, wenn euch das angenehmer dünkt, oder verhungert.

Es gibt für die nordische Rasse nur zwei Möglichkeiten, um ihren bisherigen Restbestand zu wahren und ihren sicheren Untergang zu verhüllen: Sie muß mindestens die gleiche, besser aber noch eine höhere Kinderzahl zeugen als die andersrassigen Menschen ihrer Mitwelt. Und sie muß zweitens so naturgemäß leben, daß sie alle anderen Rassen an Gesundheit übertrifft. Beides ist möglich, aber nie und nimmer in der dumpfen Enge der Großstadt und der Schreibstube, sondern nur draußen auf dem Bauernhofe. Es geht dem deutschen Bauern heute schlecht, schlechter als dem ärmsten Handarbeiter. Und es wird ihm in den nächsten Jahrzehnten voraussichtlich noch schlechter ergehen. Der Bauer kann nicht gleichzeitig seine schwere Berufsarbeit erfüllen und nebenbei auch noch als Kulturschöpfer tätig sein. Die Fortführung nordischer Kultur, das ist in der Hauptsache die Aufgabe nordischer Städter.

Ernsthaft warnen möchte ich vor der Spielerei mit allzu kleinen selbständigen Siedlungen, die nicht leben und nicht sterben können, die die erste stärkere Wirtschaftskrise über den Haufen wirft. Den vermögenslosen jungen Artamanen, die nicht aus unklarer Schwärmerei, sondern aus innerster Ueberzeugung dem Landleben treu bleiben, denen rate ich: Laßt die Zigeuneridee des von Ort zu Ort fahrenden Polenerstazes fahren, werdet seßhafte Landarbeiter in rassisch guter Gegend, wo ihr mit Staatsunterstützung ein kleines Häuschen bauen und eine Familie gründen könnt. Und dann arbeitet euch zähe und langsam empor.

Heute liegen ja doch die wirtschaftlichen Verhältnisse so, daß ein intelligenter, tüchtiger Landarbeiter weit sorgenloser leben kann als die meisten kleinen und mittleren Bauern. Selbst mancher tief verschuldete Rittergutsbesitzer beneidet seine Landarbeiter. Und mancher Gutsbesitzer, ja mancher größere Bauer täte gut daran, gewissermaßen als Lehensleute tüchtige nordische Landarbeiter anzusiedeln, denen kaufweise oder in Erbpacht einige Morgen gutes, nahe gelegenes Land überlassen würden. Die Leutenot, das ist ja in vielen industriell verseuchten Gegenden Deutschlands das schlimmste Uebel in der Landwirtschaft. Nur durch den Besitz einer, wenn auch kleinen, eigenen Scholle lassen sich tüchtige nordische Menschen als Landarbeiter dauernd auf dem Lande halten. Halbsiedlung von tüchtigen Landarbeitern, das ist heute für viele Gegenden Deutschlands, vor allem auch für Ostpreußen, die dringendste Maßnahme, die ergriffen werden muß, um die deutsche Landwirtschaft überhaupt über Wasser zu halten.

Nahe beim Eigenheime des nordischen Landarbeiters befindet sich eine Wegkreuzung. Der eine breite Weg läuft sanft bergab. Auf seiner Straßentafel steht: „Landstraße zur städtischen Kulturdüngerstätte." Der andere, schmale, unebene Weg führt steil bergan. Die Aufschrift seiner Straßentafel lautet: „Landweg zum nordischen Bauernhofe". Wer langsam geht, kommt auch zum Ziele, wenn nur von Anfang an die richtige Wegrichtung eingeschlagen wird.

Schlachthofdirektor Hindenburg!

Sollen auch wir dazu schweigen? Nein!

Guten Morgen Herr Groener! Guten Morgen Herr Severing! Guten Morgen Herr Grzesinski! Gut geschlafen? Ja, die Notverordnung und der Weihnachtsfriede sind halt doch gut. Sie haben dafür gesorgt, daß wir sanft und friedlich vom alten ins neue Jahr hinübergestolpert sind.

Auch die SAZ, das Organ der ruhmreichen SAP. (Sozialistische Arbeiterpartei) der Herren Seydewitz, Rosenfeld und Genossen ist gut ins neue Jahr hinübergekommen. In ihrer Nummer 1 widmet sie der deutschen Armeeführerschaft im allgemeinen, dem Reichspräsidenten Hindenburg im besonderen folgenden Spruch:

„. . . die Direktoren und Geschäftsführer der „Menschenschlachthäuser" nennen sich wie die einfachen Arbeiter und tragen jenen Berufskittel, der nur für den Mann an der Front (auf dem Dach, vor der Kohle, auf der Feuerwehrleiter, an der Schlachtbank, auf dem Schlachtfeld) einen Sinn hat, nicht aber für den Direktor, der im sauberen Büro seinen unblutigen aber hochbezahlten organisatorischen Teil erledigt. Also: Der General ist so wenig Soldat, wie der Kohlensyndikatsdirektor Bergmann ist. Aber er nennt sich so und kleidet sich so.

Auf weitere Aehnlichkeit legt er allerdings keinen Wert.

Das Sterben besorgt der Mann vorm Feind.

Die Schlachthofdirektoren mit der Schlachtermütze (Stahlhelm) und dem Schlachtmesser (Degen) pflegen hoch in die Jahre zu kommen. Ihre einzige Beziehung zum Heldentod besteht darin, daß sie andere hineinschicken.

Ich rede da nicht, ich belege:

Hindenburg ist geboren am 2. 10. 1847,
Foch: geboren 1851, gestorben 1929;
Moltke: geboren 1800, gestorben 1891;
Mac Mahon: geb. 1808, gestorben 1893."

Kann es auch kaum etwas Ekelhafteres geben, als diese Gesinnung schon an sich ist, so kommt hier noch hinzu, daß diese Gemeinheit aus jenen links-radikal-pazifistischen Kreisen stammt, welche, **gerade eben vertreten durch Herrn Hello von Gerlach, Hindenburg zum Werkzeug ihrer Intriguen- und Interessenpolitik herabwürdigen wollen.** Gerade sie beschwören den Präsidenten, seine Amtszeit verlängern zu lassen und haben die Frechheit, offen als Grund zu bekennen: „Hindenburgs Amtszeit war eine einzige Enttäuschung für seine rechtsradikalen Wähler. Seine Wiederwahl würde für die Nationalsozialisten die denkbar schwerste Niederlage sein!"

Diese schamlose Offenheit zeigt, wie man Hindenburg einfach als willenloses Objekt im politischen Schacher betrachtet, den man mal streichelt und mal bespeit, ganz wie es ins Geschäft paßt.

Dieses hier aber geht zu weit. Hier wird nicht der Reichspräsident, der Exponent einer gewissen Koalition — hier wird der Soldat, das Heer, der Geist Deutschlands, in der Person Hindenburgs mit galligem Kot besudelt. Und nichts rührt sich! Keine Behörde, kein Minister, keine sonst so „nationale" bürgerliche Zeitung!

Wir fragen hiermit: Soll so die Tradition der deutschen Armee gepflegt werden, zu deren Hüter Herr Groener bestellt ist? Und ferner: Wie hoch steht in Preußen der Reichspräsident im Kurs, daß man sich ungestraft seine Abstempelung zum „Schlachthofdirektor mit Schlachtermütze und Schlachtermesser" erlauben kann? Fühlt sich der General Groener, der Wehrminister Groener und der Innenminister Groener für seine Person, den Staat und die deutsche Armee nicht beschmutzt?

Kampf um Danzig

Der Existenzkampf des deutschen Danzig steht gegenwärtig auf dem Höhepunkt. Das zu 97 v. H. deutsche Danzig soll zu Gunsten der 8 Prozent polnischen Minderheit entrechtet, verklavt werden. Polen hat seine unverschämten „Forderungen" bereits beim Völkerbund angemeldet und Frankreich sorgt für das Säugekind. Unterdessen sollen von innen heraus die Grundlagen des deutschen Eigenlebens in Danzig zerstört und vernichtet werden. Die Post und neuerdings auch die Zollverwaltung hat es den Polen angetan, dazu tritt das unausgesetzte Streben nach Versklavung Danzigs mit Hilfe der Verwaltung der Eisenbahnen. Hierüber gibt der Danziger „Vorposten", das Organ des Gau Danzig der NSDAP., eingehenden Aufschluß. Er entwickelt dabei sehr beachtenswerte Gedankengänge darüber, wie deutsche Selbsthilfe in Danzig die Polonisierung durch die Eisenbahn entgegenwirken kann.

Besondere politische Bedeutung wird man der Tatsache beizulegen haben, daß auf den Verkaufsständen des polonisierten Bahnhofsbuchhandels in Danzig die bewußt völkisch eingestellten Zeitungen — auch der „Völkische Beobachter"! — durch eine Verfügung des Präsidenten der polnischen Eisenbahndirektion in Danzig, Dobrzycki, von jedem Vertrieb ausgeschlossen worden sind. Es handelt sich bei Dobrzycki um einen fanatischen Feind des Deutschtums in Danzig, der zwar seine Vorbildung an deutschen Stätten der Erziehung und des Studiums erhielt, aber jetzt um so mehr seine Aufgabe darin sieht, durch fortwährende Drangsalierung der ihm vertraglich unterstellten Danziger Eisenbahner deutscher Zunge „Karriere" im Dienste der Warschauer Machthaber zu machen. Nach Ausführungen des Werkes des Führers der Aufständischen in Oberschlesien in den Jahren 1920—21, des polnischen Oberstleutnants a. D. Graf Mielczynski, das er aus Anlaß des zehnten Jahrestages dieser Aufstände im Druck erscheinen ließ, gehörte der früher in Kattowitz tätig gewesene jetzige Präsident der polnischen Eisenbahndirektion Dobrzycki in Danzig, der damalige Oberbahnrat D., zu jener polnischen Delegation, die in Warschau, bei dem Ministerpräsidenten Bartel dahin vorstellig wurde, Oberschlesien möglichst schnell dem polnischen Staate einzuverleiben!!!

Wenn dergleichen polnische Agitatoren aus den oberschlesischen Aufstandskämpfen jetzt in leitenden Stellen in Danzig tätig sind, so braucht man sich durchaus nicht darüber zu wundern, wenn die nur allzu berechtigten Klagen über die notorischen Rechtsverletzungen Polens bei Verwaltung der Danziger Eisenbahnen nicht aufhören wollen.

Marxistische Hetzsaat

Der fällige Umfall der Sozialdemokratie trifft auch im neuen Jahre prompt ein. **Am 12. Januar soll der Aeltestenrat dieses Reichstages zusammentreten,** um über den kommunistischen Antrag auf Reichstagseinberufung zu entscheiden. **Der „Vorwärts" weiß schon heute, daß „in parlamentarischen Kreisen angenommen werde, daß dieser Antrag keine Mehrheit finden werde." Das ist so die Sprache der Männer im Zylinderhut.**

„Unser der Staat — unser die Macht — Wir greifen an!" Unter dieser Parole hat unterdes das Reichsbanner beschlossen, für die „Eiserne Front" anzugreifen. Die technischen (?) Voraussetzungen wurden auf den in diesen Tagen veranstalteten Gauvorstandssitzungen besprochen: am Freitag, 8. Januar, soll es losgehen. Wie dieser Angriff aussieht, daß kann man aus einer blutrünstigen Hetzrede des Berliner Reichsbannerführers Stelling zusammenreimen, der die Feier für die beiden im Vorjahr erschossenen Reichsbannerleute Graf und Schneider zu einer maßlosen Hetze mißbrauchte. Inmitten einem Meer von roten Fahnen scheute sich dieser wackere Republikkämpfer nicht von der „braunen Mordpest", **einer „Vertierung und Verhohnung" zu sprechen,** an der Adolf Hitler, Dr. Frick, Strasser und Stöhr die Schuld trügen. Der Appell an das Reichsbanner den „Blutrausch des Dritten Reiches" zu ersticken, die Forderung auf Aufhebung des Uniformverbotes für das Reichsbanner an die Regierung zusammen mit dem ganzen Verlauf dieser angeblichen Totenfeier kennzeichnet eine abgrundtiefe politische Verkommenheit. Man macht selbst vor dem Tode nicht halt, wälzt die Verantwortung für die Folgen der infamen Hetzsaat ab und sucht auch daraus noch Riemen zu schneiden!

Der staatsgefährliche Firmenstempel

Die „Deutsche Buchhandlung" in Düsseldorf führt in ihrem Firmenstempel ein kleines Hakenkreuz. Nun schrieb sie an den nationalsozialistischen Verlag Paul Arendt in Sulzbach, Oberpfalz, eine Postkarte und versah sie mit dem Firmenstempel. Die Postkarte erreichte ihr Ziel nicht, sondern ging an den Absender zurück mit dem Vermerk Firmenstempel: „Unzulässig". Die Beanstandung soll in Sulzbach erfolgt sein.

Die Firma wird sich also wohl dazu entschließen müssen, an Stelle des Hakenkreuzes den Davidstern in ihren Firmenstempel zu nehmen. Wir wollen uns notverordnungsmäßig ausdrücken und feststellen: das Vorgehen der Reichspost wird in letzter Zeit sehr eigenartig. Denn es handelt sich hier nicht um den einzigen derartigen Fall.

Kranzschändung

Göttingen, 5. Jan. Bei einer Trauerfeier für den verstorbenen Studienrat Dr. Hartfeld in der Aula des Staatlichen Gymnasiums in Göttingen ereignete sich ein beschämender Zwischenfall. Der Verstorbene, der am Weltkriege als Reserveoffizier teilgenommen hatte, gehörte der Kameradschaftlichen Offiziersvereinigung an. An dem Sarge ihres toten Kameraden, der in der Aula des Gymnasiums aufgebahrt war, hatte die Offiziersvereinigung einen Kranz mit einer schwarzweißroten Schleife niederlegen lassen. Kurz vor Beginn der Trauerfeier wurde der Kranz auf Anordnung des Leiters des Staatlichen Gymnasiums, Studiendirektors Dr. Lisco, vom Sarge entfernt. Der Vorfall blieb bei der zahlreichen Trauerversammlung nicht unbemerkt und hinterließ einen äußerst peinlichen Eindruck.

In einem Schreiben protestierte die Offiziersvereinigung gegen diese Maßnahme. Studiendirektor Dr. Lisco begründete seine Maßnahme damit, daß er der Staatsregierung für die angemessene Benutzung des Gymnasiums verantwortlich sei und daher die Anbringung des Kranzes mit der schwarzweißroten Schleife nicht gestatten durfte. Er habe sich vor der endgültigen Ablehnung auch die Zustimmung des hiesigen Landrats versichert.

Wie verlautet, wird nun die Offiziersvereinigung an zuständiger Stelle in Berlin Beschwerde gegen dieses Vorgehen einreichen.

Die drei Möglichkeiten des Volksbegehrens

Oldenburg, 5. Jan. Ein oldenburgisches Zentrumsblatt beschäftigt sich im Zusammenhang mit dem Volksbegehren mit der Frühjahrstagung des Landtages. Bisher sei der Landtag immer Anfang Februar zusammengetreten zur Verabschiedung des Etats, des Finanzausgleichs, der Steuergesetze usw. Wegen des Volksbegehrens ergäben sich drei Möglichkeiten: 1. Im Falle der Durchführung der Volksabstimmung hätte der Landtag etwa 8 bis 12 Wochen Zeit für die Verabschiedung der genannten Gesetze, falls die Volksabstimmung eine Auflösung des Landtages ergeben würde. 2. Im Falle einer Selbstauflösung des Landtages wird dieser nur seine wichtigsten Aufgaben erledigen können, wenn er seine Auflösung zum Tage der Neuwahl beschließt. 3. Besteht die Möglichkeit, daß die Regierung die Gesetze durch Verordnung ohne Mitwirkung des Landtages in Kraft setzt.

Volksentscheid über Auflösung des Danziger Volkstages am 24. Januar

Danzig, 6. Jan. Nachdem der Danziger Volkstag in seiner Dienstag-Sitzung den Antrag auf Auflösung des Volkstages abgelehnt hat, wird dieser Antrag nunmehr zum Volksentscheid gestellt. Die Abstimmung über den Volksentscheid wird am Sonntag, den 24. Januar, stattfinden.

Zum Verbot der „Niedersächsischen Tageszeitung"

Schadensersatzklage zurückgewiesen

Hannover, 5. Jan. Am 22. März v. J. erschienen in der „Niedersächsischen Tageszeitung" zwei Aufsätze, deren einer überschrieben war „Braun kämpft gegen den Kapitalismus" und der andere sich mit dem verstorbenen Reichskanzler a. D. Hermann Müller beschäftigte. Auf Grund des Republikschutzgesetzes verbot der Oberpräsident der Provinz Hannover die „Niedersächsische Tageszeitung" auf drei Wochen. Gegen das Verbot wurde Beschwerde eingelegt, und das Reichsgericht beschränkte das Verbot auf zwei Wochen. Begründet wurde die Herabsetzung des Verbots damit, daß sich der Aufsatz nicht gegen den preußischen Ministerpräsidenten Braun als solchen, sondern gegen das persönliche Wirken der sozialdemokratischen Minister richtete. Eine allgemeinrepublikfeindliche Haltung einer Zeitung könne nicht zur Rechtfertigung eines Verbotes benutzt werden, weil damit das nach wie vor bestehende Recht der freien Meinungsäußerung unvereinbar sei. Weil die „Niedersächsische Tageszeitung" während der acht Tage, um die das Verbot durch das Reichsgericht heruntergesetzt wurde, nicht erscheinen konnte, klagte der Herausgeber vor dem Landesgericht Hannover auf Schadenersatz in Höhe von 9092 RM. und machte den Oberpräsidenten der Provinz Hannover und den preußischen Ministerpräsidenten für den Schaden verantwortlich. Dieser sei dadurch entstanden, daß der Oberpräsident unter Verletzung seiner Amtspflicht nicht in eine nochmalige Prüfung seines Verbots eingetreten und daß die Beschwerde nicht beschleunigt weitergegeben worden sei. Vom preußischen Staat als Beklagten wurde der Klageanspruch, sowohl dem Grunde wie der Höhe nach, bestritten. Die Klage wurde von der Zivilkammer 3 des Landgerichtes Hannover unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Ahlbrecht zurückgewiesen. Es sei kein materiell unbegründetes Verbot erlassen worden. Es seien mit dem Verbot auch keine Amtspflichten verletzt worden. Daß in dem Artikel über den preußischen Ministerpräsidenten ein Verstoß gegen das Gesetz erblickt wurde, könne nicht als fahrlässiges Verhalten angesehen werden. Auch in der Behandlung der Beschwerde habe nichts Fahrlässiges gelegen.

Bestellt die BNZ!

NSBO.-Versammlung in der Neustadt

Gestern Abend sprach Pg. Telegraphen-inspektor Ico Janssen im Rahmen einer NSBO.-Versammlung über Beamtenbund- und Gewerkschaftsfragen. Die eingeladenen Herren Gewerkschaftsführer und Beamtenbündler waren von uns aufgefordert worden, „falls sie ihre Politik verteidigen könnten", einen Diskussionsredner zu stellen. Wie fast immer, hatten sie auch hier wieder vorgezogen, nicht zu erscheinen.

Von allgemeinen wirtschaftspolitischen Betrachtungen aus, ging Pg. Janssen des Näheren auf die Gewerkschaften ein, die alle behaupten, politisch neutral zu sein. Wie es mit dieser Neutralität bestellt ist, zeigte uns Pg. Janssen an verschiedenen Beispielen. Unter anderem verlas er einen Artikel der „Deutschen Post": „Gewerkschaften zur neuen Notverordnung". „Der Bundesausschuß stellt fest, daß die Regierung in der Notverordnung die wiederholten ernsten Warnungen der Gewerkschaften unberücksichtigt gelassen und statt dessen den von den Arbeitgebern erhobenen Forderungen nachgegeben hat. Die schwerwiegenden Bedenken gegen einen allgemeinen Lohnabbau bestehen unvermindert fort, umso mehr, als in den Maßnahmen zum Abbau der Preise keinerlei Bürgschaft für einen auch nur annähernden Ausgleich der Kaufkraftminderung zu erblicken ist. Insbesondere müssen die Ausnahmebestimmungen gegen die Arbeiter des Kohlen- und Kalibergbaues und der in öffentlichen Betrieben und Körperschaften beschäftigten Arbeitnehmer entschieden bekämpft werden. Daß zu der allgemeinen Lohnsenkung auch noch eine starke Einschränkung der Leistungen der Sozialversicherung hinzutritt, zeigt, daß die schwersten Opfer wiederum der Arbeiterschaft aufgebürdet werden. Niemand kann ein größeres Interesse am wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands, **an politischer Beruhigung und an der Erhaltung eines geordneten Staatslebens haben als die Arbeiterschaft.** Es sind aber stärkste Zweifel berechtigt, ob die Notverordnung das deutsche Volk diesem Ziele näher führen wird.

Nachdem trotz aller Warnungen vor den sozialen und wirtschaftlichen Gefahren der in der Notverordnung gezeichnete Weg gegangen wird, **lehnen die Gewerkschaften jede Verantwortung für die aus der Lohn- und Gehaltssenkung ohne Vorleistung** einer durchgreifenden Preissenkung sich ergebenden Folgen nachdrücklich ab. Jedoch fordert der Bundesausschuß von der Regierung, daß nunmehr alle dem Preisabbau dienenden **Maßnahmen nicht weniger rücksichtslos** durchgeführt werden als die außerordentlichen Eingriffe in den Lohnstand und in das kollektive Arbeitsrecht. Die Gewerkschaften werden von sich aus alle Anstrengungen machen, auf einen fühlbaren Preisabbau hinzuwirken."

Ueber das deutsche Beamtentum führte Pg. Janssen aus: In einem Dritten Reiche wird es keine „wohlerworbenen Rechte" der Beamten geben. Der Beamte hat sich, wie jeder Deutsche den Verhältnissen anzupassen. Aber was wir schaffen werden, ist ein unbestechliches Beamtentum, das nicht nur seine Pflicht darin sieht, pünktlich an jedem Letzten sein Geld in Empfang zu nehmen. Wir sprechen nicht über Beamtenfragen, weil wir die Beamten poussieren wollen. Sie haben sich nach dem deutschen Volke zu richten. 1918 sind die Mitglieder der SPD. als eifrige Fassadenkletterer bis in die höchsten Beamtenstellen hinaufgekommen. Da aber auch noch andere an die Futterkrippe wollten, sind allmählich 365 000 Parteibuchbeamte, Drohnen am deutschen Volkskörper in den Beamtenkörper aufgenommen worden, der heute dermaßen aufgebläht ist, wie ihn kein anderes Land der Erde aufzuweisen hat. Zur Diskussion sprach ein Herr Gude vom „Volksbund rettet die Wirtschaft" (nicht die Ehre!) Wir stehen, so führte er aus, „wirtschaftlich hinter Ludendorff. (Zuruf: Du schälst wohl die Kartoffeln für Mathilde?) Nach der Behauptung Gudes, er habe Adolf Hitler finanziert, ging sein weiteres Gerede unter den Lachsalven des Publikums unter, so daß sich Pg. Lange im Interesse des Referenten genötigt sah, ihm das Wort zu entziehen. Pg. Janssen sprach dann das Schlußwort, ohne weiter auf den Mann vom „Volksbund rettet die Wirtschaft" einzugehen. Nach dem Absingen des Horst-Wessel-Liedes verließen die Versammlungsteilnehmer den Saal.

Amtlicher Wetterdienst

Voraussage für den 8. Januar: Starke böige Winde aus westlichen Richtungen, später rechtsdrehend, wolkig, Schauer, schnell sinkende Temperatur.

Aussichten für den 9. Januar: Frische bis starke nordwestliche Winde, wolkig, Schnee- oder Regenschauer, Nachtfrostgefahr.

Herausgeber: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hanskarl von Stchart; für den Anzeigenteil: E. A. Gildner, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet. —
Rotationsdruck Karl Bockelmann, Bremen.

Der Stahlhelm

Freitag, 8. Januar, 20.30, im großen Saale der „CENTRALHALLEN"

öffentliche Kundgebung

Es sprechen:
1. Kreisführ. Woeste, Wilhelmshaven, über das Thema: „SPD. und Arbeitslosigkeit"
2. Gauführer Hinsch, Bremen, über das Thema: „Des Stahlhelms Kampf um die deutsche Seele".

Die Stahlhelm-Gaukapelle wirkt mit.

Erscheint in Massen!

Karten im Vorverkauf: RM —.30, an der Kasse RM —.50, Erwerbslose zahlen RM —.10. Vorverkauf: Wollenweber, Obernstraße, Herborth, Fedelhören 99, Restaurant Centralhallen, Stahlhelm, Georgstr. 14.

Der Stahlhelm B.d.F., Gau Bremen
Stahlhelm-Selbsthilfe e.V. beim Gau Bremen.

Hinein in die SA

Amtliche Bekanntmachungen

In der am 5. d. Mts. abgehaltenen Vollversammlung ist Möbelfabrikant Wilhelm Riede zum Präses, Senator a. D. Carl Stichnath, Schornsteinfeger-Obermeister zum Vize-Präses der Gewerbekammer für das Jahr 1932 gewählt worden.

Versteigerung. Am Freitag, dem 8. Januar, nachmittags 3 Uhr, sollen in der Holzstraße Nr. 11 diverse Nachlaßsachen meistbietend gegen bar versteigert werden.

Fürsorgeamt.

Gerichtl. Bekanntmachungen

(Nr. 2.) In das **Handelsregister** ist eingetragen:

Am 5. Januar 1932.

Gebr. Dieterle Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bremen: Der Kaufmann Wilhelm Diermann in Bremen ist zum weiteren Geschäftsführer bestellt. In der Gesellschafterversammlung vom 23. November 1931 ist der Gesellschaftsvertrag inhalts (12) d. R. abgeändert. Von den Aenderungen wird hervorgehoben: Zur Vertretung der Gesellschaft werden ein oder mehrere Geschäftsführer bestellt. Werden mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft entweder durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Brill u. Heinemann, Bremen: Wilhelm Eicke ist als Gesellschafter ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Kaufmann Konsul Carl Friedrich Ernst Heinemann führt das Geschäft unter Uebernahme der Aktiven und Passiven und unter unveränderter Firma fort.

Buse u. Schwarte, Bremen: Der Kaufmann Johann Heinrich Sundermeier in Bremen ist als Gesellschafter eingetreten. Offene Handelsgesellschaft seit dem 1. Januar 1932. Die Prokura des J. H. Sundermeier ist am 1. Januar 1932 erloschen. Un Johann Heinrich Kuhlmann in Arsten und Friedrich Wilhelm Ahlers in Bremen ist in der Weise Prokura erteilt, daß jeder von ihnen berechtigt ist, die Firma in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen zu vertreten.

Wintersport-Sonder-D-Zug

mit **großer Fahrpreisermäßigung, 21.—30. Januar** nach

München, Mittenwald, Garmisch-Patenkirchen

2 Übernachtungen in München
7 Übernachtungen in Mittenwald oder Garmisch-P.

Einige Fahrpreise hin und zurück (einschl. D-Zugszuschlg.)

von	n. München	n. Garmisch-P.	n. Mittenw.
	Mk.	Mk.	Mk.
Bielefeld	49	54	54
Bremen	49	54	55
Hannover	42	47	48
Hildesheim	42	47	47
W.-Bremerh.	54	58	59

Alles Nähere ist aus dem ausführlichen Bild-Reiseprogramm zu ersehen, das ab 8. Januar 1932 bei den Fahrkartenausgaben und Reisebüros kostenlos zu haben ist.

Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft
Reichsbahndirektion Hannover

Inseriert in der B.N.Z.

Ehret Eure deutschen Meister

Volkstümlicher Konzert-Abend
der NS-Kapelle
am Freitag, den 8. Januar 1932, 20.30 Uhr im großen Casino-Saal

I. Teil

Einzugsmarsch aus Tannhäuser
Jubel-Ouvertüre
Klarinetten-Solo
Walters Preislied
Gruß d. Hans Sachs
Ouvertüre Egmont

Pause

II. Teil
Historische Märsche i. chronologischer Folge.

I	1c	1745	Der Hohenfriedb.
I	27	1761	Der Koburger Marsch
I	7	1806	I. Bataillon Garde
II	37	1813	Marsch des Yorkschen Korps
II	38	1814	Paris. Einzugsm.
II	113	1837	Marsch a. Petersb.
II	145	1848	Radetzky Marsch
II	186	1864	Düppler Schanzen Marsch
II	195	1866	Königgrätzer M.
II	45a	1870	Sedan-Marsch
—		1914	Der Adler v. Lille
—		1930	Horst Wessel M.

Eintritt 70 Pfg. Erwerbslose an der Abendkasse 30 Pfg.

Seeleute, Hafenarbeiter
Massenversammlung

Sonntag, morgens 10 Uhr, gr. Centralhallensaal

Redner: **Pg. Schwiebert, Hannover**

Thema:
Was lernt der deutsche Arbeiter aus der augenblicklichen Lage und der Verschlechterung seiner Lebenshaltung

Eintritt 20 Pfg.

Zu kaufen gesucht

Gut erhaltener **Kindertisch u. Stuhl**
Angebote u. X. 259

Mietgesuche

4 Zimmer-Woh. Neustadt zum 1.4.32 gesucht. Offerten unt. W 258

Fahrschule Edmund Will
Georgstraße 65
Roland 7341

Kauft nicht im Warenhaus



Henny Porten

Freitag Première

Luise
KÖNIGIN VON PREUSSEN

Personen:
Luise ..... HENNY PORTEN
Prinz Louis Ferdinand ..... Ekkehardt Arendt
Gräfin Voss ..... Helene Fehdmer
Zar Alexander ..... Wladimir Gaidarow
König Friedrich Wilhelm III. Gustaf Grünberg
Napoleon ..... Paul Günther
Freiherr vom Stein ..... Friedrich Kayssler

Henny Porten ist Freitag und Sonnabend **persönlich in jeder Vorstellung anwesend!**

Freitag und Sonnabend 3 Vorstellungen

3.30 | 6.00 | 8.45

3.30 kleine Preise 75 ₰—1.50 Mk.
II. und III. Vorstellung 1.00—2.50 Mk.
Numerierte Karten zur II. u. III. Vorstellung
Der Vorverkauf hat begonnen von 11 bis 1½ und ab 3 Uhr ununterbrochen an den Tivoli-Kassen

Jugendliche haben 3.30 für 50 u. 75 ₰ Zutritt

Tivoli

Stadttheater

Heute
Donnerstag 20 Uhr, 92. Abonnements-Vorstellung
Der Freischütz
Romantische Oper von C. M. v. Weber
Freitag 20 Uhr: Geschlossene Vorstellung für den Goethebund
Othello
Sonnabend, 15 Uhr, 48. Nachmittags-Vorstellung
Hänsel und Gretel
hierauf
Die Puppenfee
Kleine Preise: 40 Pfg. bis 3 Mk. Kinder die Hälfte
20 Uhr, 93. Abonnements-Vorst.
Zar und Zimmermann
Sonntag, 15 Uhr, 47. Nachmittags-Vorstellung
Im weissen Rössl
19.30 Uhr: 94. Abonn.-Vorstellung
Die Macht des Schicksals

In den Centralhallen
Düsternstraße:
Volkstüml. Vorst. des Stadttheaters
Heute Donnerstag und Sonntag, 20.15 Uhr
Der große Lachschlager
Charleys Tante
Kleine Preise!

Schauspielhaus

Heute
Donnerstag 8 Uhr, Ende 10.30
Der glänzende Operettenerfolg
Gastspiel Fred Goebel
Liebling, Adieu
Musikalisches Lustspiel von Rosen
Freitag: 11. Kammersp. „Freitag"
Ein künstlerisches Ereignis
Gekrönt mit dem großen Literaturpreise des Deutschen Volkstheaters in Wien
Der Graue
Schauspiel von Friedrich Forster
Letzte Gastspiele Herta Windschild
Sonnabend, nachmittags 4.30 Uhr
5. Sonnabend-Nachmittag
Gastspiel Herta Windschild
NINA
Komödie von Bruno Frank
Karten noch an der Kasse
Sonnabend, abends 8 Uhr
Intimitäten
Lustspiel von Noel Coward
Sonntag, nachmittags 4 Uhr
Zum letzten Mal
NINA
Halbe Preise
Sonntag, abends 8 Uhr
Zum letzten Mal
Intimitäten

Von der Reise zurück
Zahnarzt Dr. Spitzeck
Schillerstraße 1

Aus Bremen Stadt und Staat

NSKK.

An alle der Partei angehörende Kraftfahrzeugbesitzer und Inhaber von Führerscheinen!

Kameraden, ein neues Jahr hat begonnen! Als Kämpfer für die Idee Adolf Hitlers sind wir in das neue Jahr hineinmarschiert, auf daß wir es als Sieger verlassen.

Um die bereits im Rahmen bestehende Organisation aller Kraftfahrer nunmehr auch in Bremen auszufüllen, werden Sie hierdurch aufgefordert, zu der am

Sonnabend, den 9. Januar 1932, um 20 Uhr im Restaurant Hohenzollern, Ostertorstraße, 1. Stock,

stattfindenden Versammlung zu erscheinen.

Nähere Einzelheiten werden auf der Zusammenkunft bekanntgegeben.

Sektion Findorff. Heute abend 9 Uhr, Mitgliederversammlung. Eingeführte Gäste willkommen. Pg. Pfeifer, MdB., spricht. Lokal Stuttgarter Hof, Münchenerstr. 66-70.

Kann auf Kündigungsschutz verzichtet werden?

Vor dem Bremer Arbeitsgericht klagt ein Angestellter, der an sich unter Kündigungsschutz steht, auf Zahlung von 3 Monatsgehältern. Am 24. Juni wurde ihm die Stellung zum 30. September gekündigt, was an sich nicht fristgerecht war, er hätte erst zum 31. Dezember gekündigt werden können. Nun hat aber die Firma im Juni ein Schriftstück zirkulieren lassen, in dem sich die Angestellten durch ihre Unterschrift mit ihrer Kündigung zum 30. September einverstanden erklärten. Die Firma gab das Versprechen, **die Angestellten mit monatlicher Kündigung weiter zu beschäftigen,** wenn sich die Geschäftslage bessern würde. Auch der Kläger unterschrieb. Wie er sagt, kam ihm erst im Oktober zur Kenntnis, daß ihm Kündigungsschutz zustehe. Die Firma behauptet den Standpunkt, daß durch die Unterschrift der Kündigungsschutz nicht mehr rechtskräftig ist, während der Angestellte der Meinung ist, daß er sich dieses Schutzes durch die an sich rechtsgültige Unterschrift nicht begeben habe. Ueber den, diesem Rechtsstreit zu Grunde liegenden Fragenkomplex ist bisher eine arbeitsgerichtliche Entscheidung nicht gefällt worden. Die Sache steht auf des Messers Schneide. Der Richter rät deshalb zum Vergleich, der auf Widerruf auf die Hälfte der Summe geschlossen wird. Es handelt sich im ganzen um 953 RM. So interessant es auch wäre, hier eine Entscheidung gefällt zu sehen, so muß man doch im Sinne des Angestellten den Vergleich begrüßen. Die Sache ist bei der Höhe der Summe berufungsfähig, sie würde vielleicht — sogar das Reichsarbeitsgericht beschäftigen, sicher sich also lange hinziehen und dann möglicherweise auch dem Angestellten Kosten nicht unerheblicher Art verursachen.

Die neuen Postgebühren. Im Amtsblatt des Reichspostministeriums ist jetzt die Verordnung zur Aenderung der Postordnung veröffentlicht worden, mit der die kürzlich beschlossenen Gebührensenkungen für Fernbriefe, Fernpostkarten und Pakete bekanntgegeben werden. Die Ermäßigungen treten am 15. Januar in Kraft. Es werden also künftig erhoben: 1. Für Briefe im Fernverkehr bis 20 g 12 Rpf., über 20—250 g 25 Rpf., über 250—500 g 40 Rpf.; 2. Für Postkarten im Fernverkehr 6 Rpf.; 3. Für Pakete die in der nachfolgenden Uebersicht zusammengestellten Gebührensätze, zu denen bei Nichtabholung eine Zustellgebühr von 15 Rpf. für jedes Paket hinzutritt, die auch vom Absender vorausbezahlt werden kann. Der Freimachungszwang für Postpakete wird gleichzeitig aufgehoben, für nichtfreigemachte Pakete bis 5 kg einschl. wird neben dem Fehlbetrag ein Gebührenzuschlag von 10 Rpf. nacherhoben. Die neuen Paketgebühren betragen im einzelnen: Für Pakete bis 5 kg 1. Zone bis 75 fm 0,30, 2. Zone über 75 bis 150 fm 0,40, 3. Zone über 150 bis 375 fm 0,60, 4. Zone über 375 bis 750 fm 0,60, 5. Zone über 750 0,60 RM.

Falsche Angaben beim Fürsorgeamt werden streng bestraft. Die Ehefrau K., deren Mann arbeitslos ist, verdiente als Reinmachefrau 23 RM. wöchentlich. Da 40 RM. Miete im Monat bezahlt werden mußten, langte das Geld natürlich nicht. Der Mann ging deshalb zum Bremer Fürsorgeamt und stellte einen Antrag auf Unterstützung. Er gab auf die Frage, ob seine Frau Arbeit habe, so oft er auch gefragt wurde, eine verneinende Antwort. 15 Monate hindurch bekam das Ehepaar wöchentlich 11,25 RM. Unterstützung. Ab und zu hatte der Mann auch Pflichtarbeit, von dieser Zeit abgesehen, ist der Staat um 450 RM. geschädigt. Vom Gericht werden derartige Delikte, werden sie einmal gerichtsbekannt, nicht leicht gewertet. Auch hier wurden Gefängnisstrafen verhängt, der Mann erhielt eine Strafe von zwei Monaten und die Frau eine von einem Monat. Zwar wurde die Strafe ausgesetzt, doch bleibt immerhin das „Vorbestraft" bestehen. Eine Frage, die sich jeder selbst beantworten mag, sei gestellt: Wieviele Richter müßten wie lange arbeiten, wenn alle die, zur Kenntnis der Behörde kämen, die sich aus Not des gleichen Vergehens schuldig machten?

50 Mark für einen „Lump"

Eine zu milde Strafe für eine Beleidigung

Am 30. Juli 1931 verteilte der Parteigenosse Richter an der Ecke der Hansastraße und Erwinstraße am Mittag Flugblätter für eine Versammlung. Die polizeiliche Genehmigung zum Verteilen war eingeholt worden, so daß man annehmen konnte, die Sache würde reibungslos verlaufen. Aber der friedlich seines Weges gehende Richter hatte nicht mit der Tücke der Kommune gerechnet. Er wurde von hinten überfallen, zwei Mann hielten ihn fest und zwei andere versuchten ihm seine Flugblätter zu entreißen. Dabei wurde er geschlagen und beschimpft. Trotzdem konnte er zwei seiner Widersacher festhalten, wenn er sie auch nicht der Polizei übergeben konnte, weil sie von einem aus der Menge befreit wurden. Wegen dieses Vorfalles waren **in der ersten Instanz** Heinrich Speckelsen und Wilh. Mrozek **mit Gefängnis bestraft worden,** und zwar Sp. zu einer Strafe von 14 Tagen und M., der einschlägig vorbestraft ist, zu zwei Monaten. Beide legten Berufung ein, so daß sich die kleine Strafkammer unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Töwe nunmehr mit der Angelegenheit befassen mußte. Das Urteil, das nach der ersten Verhandlung gefällt wurde, spricht von einer feigen Roheit, es sei nur deshalb auf mildernde Umstände erkannt worden, weil die Jugend offensichtlich durch Aeltere verhetzt worden sei. —

Der verletzte Richter hat schon auf der Polizei Speckelsen als Täter wiedererkannt, da Sp. auf einem Auge blind ist, ist er so leicht nicht zu verwechseln. Trotzdem behauptet er, erst nach der Schlägerei am Tatort erschienen zu sein. Da er Zeugen beibringen kann, die seine Behauptungen unterstützen, wird das Verfahren gegen ihn eingestellt, besonders auch deshalb, weil R. den ganzen Vorfall äußerst milde schildert. So ist es ja stets, je mehr man von Ereignissen Abstand gewinnt, je harmloser sieht man sie an, selbst dann, wenn man blutend am Boden gelegen hat. Bei Mrzek liegt die Sache anders. Als er kam, sah er, wie R. zwei Leute festhielt: „Ich wußte, daß R. Nationalsozialist ist, ich hielt es für meine Pflicht, die Leute zu befreien," sagt M. wörtlich in der Verhandlung. Er gibt auch zu, daß er beiden Rädern von Umstehenden gegeben hat, damit sie fliehen konnten. Bei dieser Gelegenheit ist das Wort „Nazilump" gefallen. Man sollte doch denken, daß das Wort „Lump", wenn es einem Menschen nur seiner Parteizugehörigkeit wegen an den Kopf geworfen wird, eine gemeine Beleidigung darstellt. Mrozek ist wegen schwerer Körperverletzung und wegen Beamtenbeleidigung vorbestraft, eine Tatsache, die bei erneuter Beleidigung strafverschärfend wirkt, so sollte man denken.

Landgerichtsdirektor Dr. Töwe verhängte trotzdem aber **nur eine Geldstrafe von 50 Reichsmark,** die in Raten von 5 Rm. abgetragen werden kann. Auch gab er dem Angeklagten zu verstehen, daß er ein Gesuch an den Senat machen könnte, zwecks Erlaß der Strafen, wenn er einige Raten bezahlt hat. — Gewiß ist es richtig, daß Richter selbst die Beleidigung nicht allzu ernst genommen hat, andererseits aber muß doch bedacht werden, wohin wir kommen, wenn das Wort „Lump" im Parteikampf gebraucht werden kann, ohne daß es als ernsthafte Beleidigung vom Gericht geahndet wird. In anderen Fällen, selbst dort, wo der Außenstehende leichter geneigt ist, Milde zu sehen, werden bedeutend höhere Strafen für die gleiche Beleidigung verhängt. So wurde vor einigen Tagen in einer Schlägerei zwischen Betrunkenen, wo auch das Wort „Lump" gefallen war, auf drei Monate Gefängnis erkannt. Der Befriedung des öffentlichen Lebens dient es bestimmt nicht, wenn Beleidigungen im politischen Kampf so gut wie ungesühnt bleiben.

Polizeibericht vom 6. Januar 1931. In einem Lokal in Gröpelingen wurde in der Silvesternacht ein schwarzer, fast neuer Wintermantel mit Sammetkragen, ohne Riegel, schwarzem Seidenfutter, auf der Rückseite mit zwei schwarzen Knöpfen, entwendet. — **Handtaschendiebstähle.** In einem Tanzlokal in Horn wurde in der Silvesternacht einer Dame während des Tanzens vom Tische eine rotbraune lederne Damenhandtasche, enthaltend ein braunes Portemonnaie, ein Paar dunkelbraune Nappadamenhandschuhe, eine silberne Blusennadel und Kleinigkeiten, gestohlen. Die Tasche wurde später ohne Inhalt auf der Herrentoilette gefunden. — **Gesicherte Damenhandtasche.** Am Neujahrsmorgen wurde in einem Papierkorb Ecke Schwachhauser Heerstraße und Buchenstraße eine schwarze, größere Damenledertasche mit Nickelbügel, Schnappverschluß, auf dem Bügel zwei dunkelblaue Steine, mit zwei Fächern, innen aus Wildleder, mehrere kleine Seitentaschen enthaltend, gefunden. Anscheinend besteht ein Zusammenhang mit dem oben gemeldeten Diebstahl in einem Tanzlokal in Horn. Eine entsprechende Anzeige liegt bisher nicht vor. Die Eigentümerin wird ersucht, sich im Polizeihause, Zimmer 411, zu melden. — Von dem am Dienstgebäude der Strombauverwaltung an der Tiefer angebrachten Rettungsring wurde die Leine abgeschnitten und vermutlich gestohlen.

Das Hochwasser der Weser fällt. Nach Mitteilung der Wasserstraßendirektion Bremen ist bei den Wasserständen auf der Weser ein Fallen zu beobachten. Die Pegelstände am Mittwoch sind folgende: Hann.-Münden 3,70 (Vortag 3,87); Carlshafen 4,90 (5,22); Hameln 4,90 (5,42); Minden 5,74 (6,15).

Bremer Volkshochschule. Soeben ist das Programm für die Veranstaltungen der zweiten Winterhälfte erschienen. Danach beginnen die ersten Veranstaltungen in der Woche vom 10. bis 16. Januar. Wir entnehmen dem Programm, daß die Januar-Veranstaltungen eröffnet werden durch eine Vortragsreihe von Obermedizinalrat Prof. Dr. Vollmer „Unser täglich Brot", Grundlagen und Grundfragen unserer Ernährung. Vier Vorträge Montags 20,10 bis 21 Uhr, vom 11. Januar an in der Oberrealschule. In derselben Woche, am Dienstag, vom 12. Januar an, 20,10 bis 21 Uhr, behandelt Dr. Th. Valentiner in vier Vorträgen: Praktische Erfahrungen bei den Eignungsprüfungen für Schule und Beruf. Eine Einführung in Geschichte, Wesen und Bedeutung der Familienwappen bietet Dr. R. v. Hoff in einer Vortragsreihe: Wappenkunde und Wappenkunst vom 13. Januar (20,10 bis 21 Uhr) an. — Großem Interesse begegnen die Gymnastikkurse für Damen von Frau W. Tidemann, die vom 14. Januar, 20,30 bis 21,30 Uhr, weitergeführt werden in der Turnhalle der Oberschule an der Karlstraße. Am Freitag, den 15. Januar, beginnt Dr. G. Dettmann, 20,10 bis 21 Uhr, eine Reihe von vier Vorträgen: Norddeutsche Kunst- und Kulturkreise im Wandel der Jahrhunderte und ihr Verhältnis zu Bremen. Ein Programm, das auch die Veranstaltungen für die Monate Februar und März enthält, wird kostenlos abgegeben in den Buchhandlungen von G. Winter, Am Wall 161, und K. Anders, Meterstraße 5-7, sowie in der Staatsbibliothek und in der Lesehalle (am Breitenweg und am Steffensweg). — Karten in den vorgenannten Buchhandlungen.

Der Stahlhelm B. d. F., Gau Bremen, veranstaltet am Freitag, den 8. Jan., 20,30 Uhr, im großen Saale der „Centralhallen" eine öffentliche Kundgebung. Es sprechen: 1. Kreisführer Woeste, Wilhelmshaven, über das Thema: „SPD. und Arbeitslosigkeit", 2. Gauführer Hinsch, Bremen, über das Thema: „Des Stahlhelms Kampf um die deutsche Seele". Die Stahlhelm-Gaukapelle wirkt mit. Karten sind in den bekannten Vorverkaufsstellen zu haben.

Das Goethe-Jahr in Bremen. Wie die Mehrzahl aller deutschen Städte, so rüstet auch Bremen zur Feier des Goethe-Jahres. Obgleich ein geschlossenes Programm der geplanten Veranstaltungen bisher noch nicht vorliegt, kann doch soviel gesagt werden, daß von einer eingehenden Würdigung des Werkes von Goethe Abstand genommen wird, was jedoch eine Gedenkfeier in repräsentativer Form, voraussichtlich in der oberen Rathaushalle, nicht ausschließt. Einzelheiten der geplanten Veranstaltung sind noch nicht bekannt. Die Bremer Bühnen, Schauspielhaus und Stadttheater, werden der Gedenkveranstaltung in angemessener Weise Rechnung tragen.

Dampfer „Hector" wieder flott. Der in der Außenweser auf der Tegeler Plate gestrandete Neptun-Dampfer „Hector" aus Bremen, ist in der Nacht zum heutigen Mittwoch um 23 Uhr durch die mit der Bergung beauftragten Schlepper flott gebracht worden. Der Dampfer hat um 2 Uhr morgens die Bremerhavener Reede auf der Fahrt nach Bremen passiert.

Henny Porten im Tivoli. Anläßlich der Premiere des großen Films „Luise, Königin von Preußen" ist Henny Porten am Freitag und Sonnabend persönlich in jeder Vorstellung im Tivoli-Theater auf der Bühne anwesend. — Freitag und Sonnabend drei Vorstellungen 3,30, 6 und 8,45 Uhr. 3,30 Uhr kleine Preise, 75 Pfg. 1,50 Mark. 2. und 3. Vorstellung 1 Mk. bis 2,50 Mark. Numerierte Karten zur 2. und 3. Vorstellung. Der Vorverkauf hat begonnen von 11 bis 1,30 und ab 3 Uhr ununterbrochen an den Tivoli-Kassen. Jugendliche haben 3,30 für 50 und 75 Pfg. Zutritt.

Stadttheater

G. Verdi. Die Macht des Schicksals

Eduard Hanslick, der einst berühmte und berüchtigte Wiener Musikkritiker, der mit seinem Urteil so oft den Nagel auf den Kopf traf, ebensooft aber auch daneben schlug, besonders dann, wenn er den Werken zeitgenössischer Künstler mit seinem überheblichen Werturteil Lebensfähigkeit und Zukunft absprach — der Fall Wagner — schreibt am Schluß seiner Betrachtungen über Verdis „Macht des Schicksals": „Leider fließt die melodische Erfindung in La forza del destino spärlicher, und das geradezu wüste, unverständliche Sujet untergräbt überall den Erfolg der Oper."

Gerade das Unaufdringliche, Schlichte dieses neuen, fast möchte man sagen, klassischen Verdistils, das den unerbittlichen Kampf zwischen dem nach Selbstbestimmung und freier, individueller Betätigung ringenden natürlichen Recht des Menschen und dem tyrannisch sich gebärdenden, erbarmungslosen Vertragsrecht einer gehobenen Gesellschaftsordnung — Antigone! — so widerspruchsvoll schildert, ist dazu angetan, den Hörer vom ersten bis zum letzten Takt, von den schicksalsschwangeren Akkorden der ersten Szene bis zur erhabenen und versöhnenden Verheißung des Priors: „Die Seele lebt!" in Bann zu halten.

Herr Adler verstand es, durch wohlberechtigte Striche innerhalb der umfangreichen Partitur und feinste Herausarbeitung der musikalischen Schönheiten, das Werk auf eine bedeutende künstlerische Höhe zu erheben, welche die Aufführung zu einem seltenen Genuß werden ließ. Unterstützt wurde er in seinen Bemühungen durch die umsichtige Spielleitung des Herrn Kraus, welche mit Hilfe schlichter, wirkungsvoller Bühnenbilder (Herr Schlonski) wirkliches Geschehen vortäuschte — besonders schön war die Klosterszene — durch das wundervoll musizierende Orchester und unsere hervorragenden Solokräfte. Ueber alles Lob erhaben sang der Chor (Herr Esser), dem ein bedeutender Anteil an der gelungenen Aufführung zukommt. Der verhaltene Gesang der Mönche und der überaus schwierige, dynamisch so fein abgetönte Rataplanchor waren bewundernswerte chorische Leistungen.

In hervorragenden solistischen Aufgaben wetteiferten die Darsteller der mit der Macht des Schicksals ringenden Gestalten. Frl. Kment erfüllte ihre Leonore mit innerem Erleben von den leidenschaftlichen Akzenten ehrfurchtsvoller Kindesliebe und hingebender Liebe zu dem Manne ihres Herzens über tödliche seelische Erschütterungen bis zur verklärenden und beseligenden Gewißheit im Angesicht des Todes: „die Liebe macht uns unsterblich!" Warm und edel ließ die Künstlerin ihr schönes Organ ausströmen, nur an einigen Stellen beirrt im Ansatz der Höhen. Herr Barton hatte wegen starker Erkältung um Nachsicht gebeten. Von einer Indisponenz merkte man herzlich wenig, und der Künstler sang seinen Alvaro mit der gewohnten sieghaften Klangfülle seiner Stimme, wobei ihm auch die Pianostellen trefflich gelangen. Dem liebenden Werben, dem edlen, zur Versöhnung neigenden Charakterzug seines Helden wie der echt männlichen Widerstandsbereitschaft gegen Schicksal und Todfeind verlieh Herr Barton in seinem Spiel ergreifenden Ausdruck. Den unerbittlichen Vollstrecker einer überspitzten und überheblichen Gesellschaftsmoral gab Herr Boehm mit schönem, großen Gesangston. Der Sänger verstand es, durch vornehmes, abgeklärtes Spiel die der Gestalt des Carlos anhaftenden Härten zu mildern. Gut in Spiel und Maske war der Bruder Melitone des Herrn Kraus, eine buffomäßige Rolle, die der charakteristischen Art seiner Tongebung wesentlich besser liegt als getragene Partien. Die rhetorischen Pointen der Kapuzinerpredigt gingen im Tonschwall des Orchesters und im lärmenden Widerspruch der Soldaten und Dirnen großenteils unter. Stimmlich schön und edel gab Herr Kasper den Prior, so daß der Wunsch aufkam, den ausgezeichneten Sänger ab und zu auch einmal in einer seriösen Rolle zu hören. Die Partie des Marchese schien mir mit einem lyrischen Bariton fehlbesetzt zu sein, wenngleich sich Herr Percy mit sichtlicher Liebe der ihm gestellten Aufgabe angenommen hatte. Temperamentvoll im Spiel und Ausdruck sang mit stimmlicher Frische Fräulein Wense die Pretiosilla. In kleineren Partien bewährten sich Fräulein Ihme als Curra, Herr Birkenfeld als Trabuco, Herr Dresen als Alkade.

Im dankbaren Gefühl eines künstlerischen Erlebnisses feierten die Besucher dieser schönen Aufführung die wohlverdienten Künstler.

Will Eilers.

Volk und Wirtschaft

Zins aus Tränen

Dr. Pf. Der Finanzausschuß des amerikanischen Senats beschäftigte sich am Samstag mit den Anleihen amerikanischer Banken an das Ausland. Dabei wurde der Gesamtgewinn aller Banken bei der Begebung von Auslandsanleihen in der Höhe von etwa 10 Milliarden Dollar auf über 500 Mill. Dollar geschätzt.

500 Millionen Dollar = 2 Milliarden Reichsmark „Gewinn" der Judenbanken! Nüchtern wird es über den Ozean gekabelt. Gelangweilt liest der deutsche Spießer diese Nachricht in seiner jüdischen Gazette. Na, wenn schon! Er macht sich kaum Gedanken. Aber natürlich, was die Nazis behaupten, es gebe eine Zinsknechtschaft, das ist natürlich für ihn vollendeter Wahnsinn!

Wenn irgendwo die Zinsknechtschaft eines ganzen Volkes sich in grauenvoller Weise zeigte, so hier in die nüchternen Zahlen: 2 Milliarden Tribut-Zinsgewinne! Geld, Reichtum, Macht aus deutschem Elend! Denn das steht einwandfrei fest, daß der größte Teil dieses unerhörten Anleiherebbachs auf Deutschland entfällt, aus deutschem Fleiß erpreßt wurde, mit deutschen Tränen erkauft wurde. Die wenigen polnischen und italienischen Anleihen in Nordamerika spielen keine nennenswerte Rolle.

Eine Kette raffiniertesten wirtschaftlichen Schwindels, aber auch eine Unsumme brutaler Erpressermethoden wird in diesen Zahlen offenbar. Man lieh uns Deutschen fremde Gelder, um Tribute für angebliche „Reparationen" zu zahlen. Wir zahlten die Zinsen an die Wallstreetbanken, an die Loebs, Kuhns, Kahns, Morgans und Warburgs, die damit mühelos unter Aufwendung von ein paar Reisespesen und Konferenzen 2 Milliarden Reichsmark „verdienten". Aber nicht nur die Yankees „verdienten", die Gelder fließen zu einem Teil zurück als Anleihegewinne „deutscher" Großbanken, die mit der internationalen Hochfinanz versippt und verschwägert sind. Das deutsche Volk verelendete und mußte sich auf's Aeußerste einschränken, die Hochfinanz schwelgte in Zinsgewinnen. Man nannte das eine Weltwirtschaftskrise. Und das alles aus einem fiktiven Rechtstitel heraus, aus Kriegsschuldlüge und Wiedergutmachung. Die Lächerlichkeit wie die Brutalität des kapitalistischen Imperialismus wurde nie sinnfälliger als hier. Sollte es nach diesem eklatanten Beispiel immer noch neunmal Kluge geben, die die Knechtschaft ganzer Völker der Erde unter der Zinspeitsche der internationalen Hochfinanz leugnen?

Man betrachte sich weiter einige derer, die an diesen „Transaktionen" beteiligt waren. Es waren nicht nur die smarten Amerikaner, die Loeb, Kuhn, Kahn, Warburg allein. Loeb, Kuhns zum Beispiel stehen wieder in engster und „angenehmster" Geschäftsbeziehung zu dem Liebling der Sozialdemokraten, Herrn Jakob Goldschmidt, der trotz seines großen Juli-Bankkrachs dank der Langmut des deutschen Volkes wieder frisch und kregel wie ein Fisch im Wasser ist. Die Warburgs in USA. und die Warburgs in Hamburg sind trotz des Ozeans, der dazwischen liegt, ein und dieselbe Firma, Söhne einer Mutter und Söhne einer Rasse. Mitinhaber der Hamburger Warburgs ist der bekannte Jude Melchior, der Sachverständige der Reichsregierung, der in Basel die deutschen Interessen zu vertreten hatte.

Führender Mann bei den Loeb-Kuhns ist der aus Mannheim gebürtige Herr Kahn, der, ehe er bei Loeb-Kuhns eintrat, bei der sogenannten „Deutschen" Bank in Berlin seine Geschäfte machte. Während des Krieges einer der ärgsten Kriegshetzer gegen Deutschland. — Sie alle, diese Haupt-Anleihe-Matadoren, sind mit Ausnahme Morgans internationale Juden. Sie alle haben am Kriege verdient und verdienten an den Inflationen aller Länder, sie bereicherten sich an der Deflation, an Devalvationen, Reparationen, Stillhaltekonsortion und dergleichen Dingen mehr. Soviel Worte, soviel geschäftliche Gewinn-Möglichkeiten. Saldo 2 Milliarden! Elend der Youngsklaven — umgemünzt in Aktien, Dividenden, Zins und Zinseszinsen.

Dagegen regt sich keine pazifistische „Liga für Menschenrechte" auf. Keine SPD. spricht hier von Ausbeutung, denn dann wäre es Schluß mit den „Vorwärts"-Subsidien der Danatbank und mit den ganzseitigen Karstadt-Anzeigen. Und keine klugen liberalen Professoren, die hochnotpeinliche Fragen an die NSDAP. richten, finden hier etwas Fragwürdiges.

Nur die NSDAP. als Trägerin des völkischen, rassischen antikapitalistischen und sozialistischen Staats- und Wirtschaftsgedankens hat seit Beginn ihres Bestehens die Brechung der Zinsknechtschaft zum Mittelpunkt ihres weltumspannenden Kampfes gemacht. Daß dieser Kampf in seinen Prinzipien grundlegend und in seiner Zielsetzung richtig war, beweist die letzte Ausstrahlung des tributpolitisch-finanzkapitalistischen Raubzuges auf die Taschen des deutschen Volkes, der 2-Milliarden-Bankenzinsgewinn. Mehr denn je heißt es jetzt, dem deutschen Volke klar zu machen, daß die „Brechung der Zinsknechtschaft" keine utopische Forderung ist, sondern eine Realität, eine bittere Notwendigkeit, die mit dazu beitragen muß, dem deutschen Volke Freiheit und Brot zu sichern.

Darum her mit der Verstaatlichung der Banken und Börsen!

Brecht die Zinsknechtschaft!

Es dämmert!

Der liberale Professor Cassel bezeichnet die Tribute als Ursache der „Weltwirtschaftskrise"

Stockholm, 6. Jan. Im „Svenska Dagbladet" nimmt Professor Gustav Cassel, der bekannte liberalistische Lohnabbau-Theoretiker, den wir als Nationalsozialisten in vielem ablehnen, am Dienstag Stellung zu der Frage **„Tributzahlungen und Weltwirtschaft"**. Frankreich habe die Baseler Verhandlungen unter dem Leitsatz begonnen, daß Deutschlands Zahlungsfähigkeit im Youngplan festgestellt sei und deshalb nicht erörtert werden könne. Schon die geistige Einstellung eines solchen Leitsatzes sei bezeichnend für die französische Denkweise. Cassel erinnert in diesem Zusammenhang an das französische Verlangen, die Schuld am Weltkriege ein für allemal durch eine erzwungene Unterschrift festzustellen.

Abgesehen hiervon begehe Frankreich den großen Fehler, daß es Deutschlands Zahlungsfähigkeit als eine gegebene Größe hinstelle, was unrichtig und unerhört sei. Frankreich habe ja selbst anerkennen müssen, daß Deutschland im Augenblick zahlungsunfähig sei. Weiter habe Frankreich allerdings nicht gehen wollen, sondern dann vielmehr behauptet, daß die Weltwirtschaftskrise bald zu Ende gehen müsse.

Das sei aber eine durch und durch unmoralische Ansicht. Die ganze Tributpolitik müsse ihre innere Unmöglichkeit erkennen, wenn nachgewiesen werde, daß die Tributzahlungen tatsächlich an der Weltkrise schuld seien.

Zwischen Weltwirtschaftskrise und Tributzahlungen bestehe aber nicht nur ein psychologischer Zusammenhang, sondern eine unmittelbar nachweisbare Kausal-Verbindung. Die Tributforderungen hätten die Goldstandards der Welt und den internationalen Handel ins Verderben gestürzt. Deutschland habe nämlich außer den Tributen die Zinsen der für frühere Tributzahlungen geliehenen 10 Milliarden Auslandsschulden zu zahlen.

* *

Diese scharfe Kritik einer liberalen Weltgröße am Tributirrsinn bedeutet eine glänzende Rechtfertigung dessen, was der Nationalsozialismus schon seit Jahren vorhersagte.

Ein grober Bluff

Konzessionierung der Warenhäuser?

Spiegelfechtereien der Warenhaus-Freunde — Keine durchgreifende Rettung für den Mittelstand!

Berlin, 6. Januar 1932.

Der energische Kampf, den die NSDAP. seit Jahren gegen die Totengräber des deutschen Mittelstandes, die Warenhäuser, Einheitspreisläden und Konsumvereine führte, ein Kampf, der im deutschen Volke ungeheuren Anklang fand, hat jetzt die systemhörigen Befürworter der jüdischen Warenhauspolitik zu eigenartigen Gegenmaßnahmen veranlaßt. Diese Kreise denken nicht im entferntesten daran, dem Warenhaus-Moloch irgendwie ernstlich zu Leibe zu gehen. Aber sie geben sich den Anschein, als ob sie wirklich ein Herz für den Mittelstand hätten und versuchen es mit agitatorischen Mätzchen, um Propaganda für die kommenden Wahlen zu machen und sich in den Pfründen des Systems zu halten. Nicht anders können die Meldungen verstanden werden, die die systemtreue Presse jetzt mit wohlgefälliger Eilfertigkeit lanziert.

Danach soll ein von dem württembergischen Ministerium gestellter Antrag auf Konzessionierung der Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte vom Reichswirtschaftsministerium den Spitzenverbänden zur Stellungnahme zugestellt worden sein. Ein weiterer Schritt des Reichswirtschaftsministeriums sei erfolgt, den württembergischen Antrag, der neuerdings auch von Bayern unterstützt zu werden scheint, zunächst einmal von Sachkennern prüfen zu lassen: Das Reichswirtschaftsministerium hat den Reichswirtschaftsrat ersucht, ein Gutachten zu erstatten. Der Ausschuß zur Prüfung der Gewerbeordnung, der aus 15 Mitgliedern besteht, hatte daher für den **5. und 6. Januar 1932 Sitzungen** anberaumt, in denen Sachverständige der interessierten Kreise darüber gehört werden sollen, ob es zweckmäßig sei:

1. die Neugründung von Warenhäusern und warenhausähnlichen Unternehmungen an eine gesetzliche Erlaubnis zu binden unter Nachweis eines Bedürfnisses für solche Neugründungen,

2. die Zulässigkeit der Bezeichnung „Einheitspreisläden" oder ähnliche Bezeichnungen gesetzlich zu beschränken und nur für ganz bestimmte näher zu bezeichnende Betriebe zuzulassen,

3. den unlauteren Wettbewerb dadurch zu bekämpfen, daß das im § 35 der Gewerbeordnung festgelegte Untersagungsrecht auf Einzelhandel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs angewandt wird.

Die Ausschußsitzungen sind um etwa 10 Tage verschoben worden. Ein neuer Termin ist noch nicht angesetzt.

Erstaunlich, nicht wahr, daß die Herren Liberalisten und Marxisten auf einmal auch merken, daß es so mit der Warenhaus-Pest nicht mehr weiter gehen kann, und daß etwas zur Rettung des schwer bedrohten Mittelstandes geschehen muß! Man macht es sich einfach und stiehlt nationalsozialistisches Gedankengut. Aber gemach, wir kennen doch die prompte Arbeit des „Reichswirtschaftsrates!" Dort liegt der Antrag in guten Händen! Dort ruht er! **Ehe nicht der Nationalsozialismus mit eiserner Faust das Warenhauskapital in seine Schranken weist, eher ist dem deutschen Mittelstand nicht geholfen.**

Italien schützt seine Arbeit

Neue italienische Einfuhrzölle

Rom, 6. Jan. Im Gesetzblatt wird eine Verfügung veröffentlicht, der zufolge ab 1. Januar 1932 alle in italienischen Häfen oder an italienischen Küsten ausgeladenen Waren, die aus dem Ausland stammen, mit einem Sonderzoll belegt werden. Dieser Zoll beträgt eine Lira je Tonne für Phosphate, Nitrate (ausgenommen Soda-Nitrate) und Maurermaterial. Für alle anderen Waren beträgt der Zoll zwei Lire. Ausgenommen ist Durchfuhrgut.

Da die deutsche Phosphatausfuhr vielfach auf dem Wasserwege geschieht ebenso wie die Ausfuhr deutscher Maschinen nach Sizilien, wird auch Deutschland erheblich von diesen Sonderzöllen betroffen.

Stillhalte-Verlängerung um ein Jahr?

Berlin, 6. Jan. Wie von unterrichteter Seite nunmehr bestätigt wird, verhandelt das Stillhalte-Komitee nur noch den Plan einer Verlängerung des bisherigen Stillhalte-Abkommens um ein Jahr, sowie gewisse Verbesserungen des bisherigen Abkommens. Alle andern Pläne scheint man hingegen fallen gelassen zu haben.

Lohnraub!

Im **Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau** hat der sozialdemokratische Schlichter die Löhne auf Grund der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten mit Wirkung vom 1. 1. 1932 **um 15 Prozent gekürzt.**

Bei der **Mansfeld-Kupferschiefer A.-G.** werden die Löhne um **9 Prozent** mit Wirkung vom 1. Januar 1932 **gesenkt.**

Für die **Metallindustrie Kronenberg** hat der Dortmunder Schlichter eine Entscheidung dahingehend getroffen, daß der bestehende Lohntarif wieder in Kraft gesetzt wird, mit der Aenderung, daß der Lohn des Facharbeiters über 24 Jahre 67 Pfg. beträgt.

In der **Solinger Metallindustrie** wurden die Löhne für Kollektivarbeiter und Rasiermesser-Fabrikarbeiter durch den sozialdemokratischen Schlichter um **10 Prozent** mit Wirkung vom 1. Januar 1932 **gesenkt.**

Für die **Rheinische Spiegelglas-Fabrik** in **Ratingen** tritt ab 1. Januar 1932 eine **Senkung der Löhne um 9 Prozent ein.**

*

Arbeiter, das sind die Früchte dreizehnjähriger sozialdemokratischer Herrschaft!

Letzte Wirtschaftsmeldungen

Die Brotpreissenkung überall durchgeführt

Berlin, 6. Jan. Wie von Seiten des Preiskommissars mitgeteilt wird, ist die Preissenkung für Brot gemäß dem Abkommen mit dem Germania-Verband **überall** durchgeführt worden.

*

Damit wäre ja nun allem Uebel abgeholfen — vorausgesetzt, daß die Senkung spürbar wird!

720 000 Tonnen Schiffsraum allein im Hamburger Hafen aufgelegt

Hamburg, 6. Jan. Die Zahl der aufgelegten Schiffe im Hamburger Hafen hat im Januar ihren bisher höchsten Stand erreicht. Am 1. Januar wurden 175 stillgelegte Schiffe mit 770 000 Brutto-Register-Tonnen gezählt, darunter über 20 ausländische Dampfer und Tankschiffe. Das Anwachsen der feiernden Schiffe um 250 000 Tonnen im Dezember 1931 ist nicht zuletzt auf die **englische Pfundkrise** zurückzuführen, denn eine nicht geringe Anzahl von Schiffen dürfte aus diesem Grunde aus dem Verkehr gezogen worden sein.

Industrie am Scheideweg

Der „Reichsverband der deutschen Industrie" und die Tributfrage

Der „Reichsverband der Deutschen Industrie" hat zum Jahreswechsel an seine Mitglieder ein Rundschreiben geschickt, dessen Wortlaut erst jetzt bekannt wird. Wie immer in solchen Verlautbarungen, erhebt die Spitzenorganisation der Deutschen Industrie ihre berühmte „warnende Stimme" gegen die fortschreitenden „Sozialisierungstendenzen", die Deutschland heute bereits an den Rand des Abgrundes gebracht hätten. Die Herren Wirtschaftsführer können von ihrem Steckenpferd nicht herunter! Uns scheint, daß neben der von ihnen immer gedeckten Mißwirtschaft der Marxisten auch die Nordwolle-Lahusen und Katzenellenbogen ihr gerüttelt Maß Schuld am Zusammenbruch haben!

In der Tat beruht die Zukunft Deutschlands darauf, daß der „bindende Grundsatz der nationalen Idee und der nationalpolitischen Verantwortung" wieder zu seinem Recht kommt. **Nicht minder beruht aber auch die Zukunft Deutschlands darauf, daß endlich die Tributfrage in einer Weise gelöst wird, wie sie allein gelöst werden darf.**

Auch hier kommt es auf den Grundsatz an!

Wenn der Reichsverband der Deutschen Industrie in diesem Rundschreiben weiter ausführt, daß die „Reparationslasten" (!) restlos beseitigt werden müssen, so ist das eine Erkenntnis, die in deutschen Wirtschaftskreisen wahrlich nicht neu ist, nach der nun aber auch endlich einmal auf Biegen oder Brechen gehandelt werden muß. Der Reichsverband nimmt für sich in Anspruch, daß er immer in der Front derer gestanden hat, die die Befreiung Deutschlands von der Kriegsschuldlüge und von Reparationslasten und ebenso die Revision des Versailler Vertrages für eine selbstverständliche nationale Aufgabe halten. Wir bezweifeln dies, und es ist leider festzustellen, daß gerade von Seiten des Reichsverbandes der Deutschen Industrie nicht immer und unter allen Umständen diese Front mit der Festigkeit gehalten worden ist, wie sie zur Erringung eines Erfolges unerläßliche Voraussetzung gewesen wäre. **Was beim Dawespakt, in Locarno, bei der Pariser Konferenz und dem Ergebnis vom Haag gegenüber geschah, darf sich nicht wiederholen.** Hätte der Reichsverband beim Volksbegehren gegen den Youngplan das Gebot der nationalpolitischen Verantwortung, das gerade auch ihm auferlegt ist, voll begriffen, so hätte er an erster Stelle im Kampf gegen die Annahme des Youngplanes gestanden und dann würden wir heute schon mit hoffnungsfreudigeren Augen in die deutsche Zukunft blicken.